

Massimo L. Salvadori
Vittorio Rieser

Rätesystem und Maoismus

Internationale
Marxistische Diskussion 21
Merve Verlag Berlin

Internationale
Marxistische Diskussion 17

Rossana Rossanda
Der Marxismus
von Mao Tse-tung

Internationale
Marxistische Diskussion 20

„Classe e Stato“
Die Dialektik
von Partei und Massen
in der
chinesischen Theorie

Massimo L. Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus

Internationale Marxistische Diskussion 21
Merve Verlag Berlin

Vittorio Rieser

Zum Artikel von Massimo Salvadori und zur Thematik von
"Manifesto"

Massimo L. Salvadori

Antwort an Rieser

Anhang:

Massimo L. Salvadori

Die chinesischen Genossen und die Pariser Kommune

93 Editorische Note

© by the Author
Rechte der deutschen Ausgabe beim Merve Verlag GmbH, Berlin
15, Postfach 327, Printed in Germany 1975, Druck bei Preum.
Bindarbeiten Heinz Stein, Umschlagentwurf Jochen Stankowski.

Aus dem Italienischen übersetzt von Gisela Wenzel

Rossana Rossanda Der Marxismus von Mao Tse-tung

Internationale
Marxistische Diskussionsreihe 20

„Classe e Stato“
Die Dialektik
von Partei und Nation

© by the Authors

Rechte der deutschen Ausgabe beim Merve Verlag GmbH, Berlin
15, Postfach 327. Printed in Germany 1972. Druck bei Prelum.
Bindearbeiten Heinz Stein. Umschlagentwurf Jochen Stankowski.

INHALT L. SALVADORI

- 5 Massimo L. Salvadori
Ursprung und Krise des Rätesystems
- 33 Vittorio Rieser
Zum Artikel von Massimo Salvadori und zur Thematik von
"Il Manifesto"
- 53 Massimo L. Salvadori
Antwort an Rieser
- 83 Anhang:
Massimo L. Salvadori
Die chinesischen Genossen und die Pariser Kommune
- 93 Editorische Notiz

Wenn wir die gegenwärtige Situation der kommunistischen Bewegung in Europa betrachten, so können wir einen doppelten, verschieden gearteten Bruch mit der ihre Entstehungsgeschichte kennzeichnenden Räte- oder Räte- und Räte- Demokratie verzeichnen. Einerseits lösen die an der Macht befähigten kommunistischen Parteien den ideologischen Überbau des Rätesystems unangestößt, aber nur als Außer-

5	Massimo L. Salvadori
33	Vittorio Riser
55	Massimo L. Salvadori
83	Anhang:
93	Die chinesischen Genossen und die Pariser Kommune
93	Editorische Notiz

© by the Authors

Rechts der deutschen Ausgabe beim Merve Verlag GmbH, Berlin
15, Postfach 827. Printed in Germany 1972. Druck bei
Biederstein Heinz Stein. Umschlagentwurf Jochen Sauter

MASSIMO L. SALVADORI

VON DER KOMMUNE ZUM STALINISMUS:

Ursprung und Krise des Rätesystems

Was war wesentlich, besser: konstitutiv für die Ziele der internationalen kommunistischen Bewegung, deren Entstehung in die Jahre unmittelbar nach der Oktoberrevolution fällt? Was unterschied den Kommunismus qualitativ von der Sozialdemokratie?

Es ist möglich, darauf mit einem einzigen Satz zu antworten: das Rätesystem (soviettismo), die Zerschlagung des Staatsapparats, den das Bürgertum von der absoluten Monarchie übernommen hatte, und die Ersetzung der liberalen Demokratie durch die proletarische; die Verlagerung der Souveränität vom Parlament auf die Räte; die Bestimmung der Produktionsstätte als gesellschaftliche Keimzelle für die Neustrukturierung einer Macht, die die traditionelle Trennung zwischen Ökonomie und Politik, welche der Parlamentarismus den Massen aufzwang, zu überwinden vermag; Macht, begriffen als proletarische Demokratie und Diktatur über die konterrevolutionären Klassen. Sozialdemokraten und Kommunisten entzweiten sich in der entscheidenden Frage: ist es möglich, den Sozialismus mittels eines radikalen Gebrauchs des Parlaments und der vom Liberalismus überkommenen Institutionen einzuführen, oder ist es vielmehr notwendig, die - als untrennbar vom sozio-politischen Zusammenhang des Kapitalismus und Liberalismus erkannten - parlamentarischen Institutionen durch einen proletarischen Staat zu ersetzen, der sich auf die Institutionen einer neuen Demokratie, d. h. auf Räte, gründet?

Wenn wir die gegenwärtige Situation der kommunistischen Bewegung in Europa betrachten, so können wir einen doppelten, verschieden gearteten Bruch mit der ihre Entstehungsgeschichte kennzeichnenden Räte Demokratie verzeichnen. Einerseits lassen die an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien den ideologischen Überbau des Rätesystems unangetastet, aber nur als äüße-

re Fassade, während es in der Substanz längst aller ursprünglichen Kompetenzen entleert ist. Andererseits tendieren die westeuropäischen Parteien in immer kürzeren Zeitabständen zu einer Vereinheitlichung und theoretischen Untermauerung jener Praxis des parlamentaristischen Weges zur Macht und der ebenfalls parlamentaristischen Konzeption der Machtausübung, auf die sie sich eingelassen haben und die von ihnen tout court, im Lichte der variablen Hilfsgröße des Stalinismus, mit der notwendigen Grundlage der Demokratie im Westen gleichgesetzt wird. All das bedeutet, daß die kommunistische Bewegung in Europa das Rätssystem entweder als eine ideologische "Formel" versteht, die ihr dazu dient, sich selbst an der Macht zu halten, oder aber als eine Erbschaft, der allerhöchstens noch eine stimulierende Funktion im Rahmen einer Konzeption zukommt, die auf eine partizipatorische Ausweitung des demokratisch-parlamentarischen Staates auf die breiten Volksmassen abzielt. In der faktischen Wirklichkeit bedeutet dies, daß die westlichen kommunistischen Parteien heute dieselbe Theorie und Praxis vertreten wie die Mehrheitssozialisten von 1914. Es macht sich bei ihnen immer mehr die Überzeugung geltend, daß die zeitgenössische Industriegesellschaft sich nicht auf eine wirkliche proletarisch-demokratische Räteordnung stützen könne und daß deshalb der Sozialismus in seiner realistischen Bedeutung nicht auf der Zerschlagung des von der Bourgeoisie so effizient konstruierten Staatsapparats aufbauen könne, sondern einzig und allein auf dem radikalen, gesellschaftlichen Gebrauch der demokratisch-parlamentarischen Institutionen.

Die gegenwärtigen kommunistischen Befürworter des parlamentarischen Weges betrachten das Rätssystem als eine radikale Ideologie, die in einer allgemeinen gesellschaftlichen Krise wie der nach dem Ersten Weltkrieg gerechtfertigt gewesen sein mochte, jedoch ihre Gültigkeit in einer historischen Periode verliere, die durch einen unvorhergesehenen Aufschwung des Kapitalismus gekennzeichnet ist. Unter diesen Umständen sei es notwendig, im Innern des Staatsapparats, der eine so große Lebenskraft bewiesen habe, zu kämpfen und nicht in der Alternative zu ihm. Folgerichtig wird den bürgerlichen In-

stitutionen nicht mehr der Aufbau anderer, proletarischer Institutionen entgegengestellt; vielmehr wird der Politik, die die Bourgeoisie durch die parlamentarischen Institutionen in Gang setzt, eine andere Politik entgegengestellt, die mit Hilfe des technischen Gebrauchs derselben Instrumente sozialistischen Zwecken dienen soll.

Der Standpunkt des revolutionären Marxismus war ein vollkommen anderer. Er verband seine eigene Staatskonzeption nicht mit Begriffen einer linken, radikaleren Ideologie. Er hielt vielmehr die alternative Interpretation - entweder proletarische oder parlamentarische Demokratie - für eine unverzichtbare gesellschaftliche Notwendigkeit des Proletariats, während er die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber Staat und Parlament nicht so sehr für einen weniger radikalen, als vielmehr für einen ausgesprochen bürgerlichen Standpunkt hielt. Denn eine solche Haltung impliziere den Verzicht auf den Kampf, der das Proletariat zur führenden Klasse der Gesellschaft macht, und akzeptiere stattdessen eine der Bourgeoisie untergeordnete Position, was deutlich werde in der Tatsache, daß man den eigenen Aktionskreis - den Zielen einer reformistischen Konzeption entsprechend - auf die Verbesserung der Sozialgesetzgebung beschränkt, die mit Hilfe des politischen Kampfes im Parlament und des gewerkschaftlichen Kampfes am Arbeitsplatz durchgesetzt werden soll. Der revolutionäre Standpunkt findet sich klar formuliert in den Sätzen Gramscis vom Juli 1920:

" Wir haben oft auf dieser generellen These beharrt: in der von der bürgerlichen Klasse beherrschten historischen Periode sind alle Formen des Zusammenschlusses (auch jene, die von der Arbeiterklasse zur Unterstützung ihrer Kämpfe selbst geschaffen wurden), weil sie auf dem Boden der liberalen Demokratie entstehen und sich entwickeln, notwendig mit dem bürgerlichen System und der kapitalistischen Struktur verknüpft; so, wie sie entstanden sind und sich entwickelt haben mit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus, so zerfallen sie und verderben sie mit dem Zerfall und Verderb des Systems, dem sie einverleibt sind (...). Die traditionelle Organisationsform der Sozialistischen

Partei unterscheidet sich durch nichts von der Form jeder anderen Partei, die auf dem Boden der liberalen Demokratie entstanden ist." (1)

Den wesentlichen Inhalt der Alternative zur Sozialdemokratie hatte Gramsci ausgedrückt in dem berühmten Satz: "Die wichtigste Tatsache der russischen Revolution ist die Errichtung eines neuen Staatstyps: des Räte-Staates (...). Alles übrige ist Kontingenz." (2)

Die gesellschaftliche Organisation, gegen die sich die Rätedemokratie richtete, war durch eine pyramidale Physiognomie gekennzeichnet. Die Macht muß im Zeitalter der bürgerlichen Vorherrschaft, die die Erbschaft vorangegangener Techniken übernimmt, ein wesentliches Problem lösen: Wie ist eine rationale und wirksame Ausführung der Entscheidungen von denjenigen herbeizuführen, die dank des Eigentumsrechts und anderer Rechte über das Monopol fundamentaler gesellschaftlicher Entscheidungen verfügen? Wer die Macht innehat, kann die gewünschten Ergebnisse nicht ohne einen entsprechenden Apparat erzielen. Besonderes Merkmal dieses Apparats ist eine "Kaste", die zwischen die Machteliten und die Masse der materiell Ausführenden als Zwischenglied tritt und die Funktion hat, die Entscheidung der Eliten technisch zu organisieren, ohne auf den Inhalt der Entscheidungen selbst Einfluß zu nehmen. Auf diese Weise steht an der Spitze der Pyramide eine Minderheit mit allgemeiner politischer Entscheidungsgewalt, in der Mitte eine Bürokratie, deren Aufgabe es ist, die Entscheidungen weiterzuleiten und die Arbeit der Masse der materiellen Befehlsausführender technisch zu organisieren. Natürlich stützt sich die politische Garantie für die Fortdauer dieser Machtstruktur auf die Annahme, daß sich das Zwischenglied in Einschätzung seiner eigenen unabhängigen politischen Ziele nicht mit der Basis der Massen verbindet. Wenn eine wichtige Fraktion des Zwischengliedes sich mit einer anderen wichtigen Fraktion der Massen vereint, dann entstehen die Bedingungen für einen revolutionären Prozeß. Es ist deshalb um jeden Preis notwendig, ein Kontrollsystem zu schaffen, das die Treue der Bürokratie garan-

tiert. Um dieses Problem zu lösen, haben die Machtzentren ein Prämiensystem ausgeklügelt, das den exekutiven Fleiß und die politische Treue belohnt. Im Zentrum dieses Systems steht eine Karriere, die sich einerseits auf eine progressive Lohndifferenzierung und andererseits auf eine Differenzierung des Machterwerbs im Bereich gesellschaftlicher Funktionen bis hin zu Ko-optationen verschiedenster Art in die Machtelite stützt. Die konkret sichtbare Äußerung des so beschriebenen Systems ist ein streng hierarchischer Stufenbau, der die gesamte Gesellschaft durchzieht. Gegenüber den Massen hat dieses Verhältnis einen ausgesprochenen Zwangs- und Disziplinierungscharakter - ebenso in der Fabrik, wie in allen andren Entscheidungszentren der Gesellschaft. Und wenn das Prämiensystem scheitert, dann treten Instrumente mit verdecktem oder unmittelbarem Zwangscharakter in Aktion. Das ist die Staatsmaschinerie, die die Bourgeoisie - wie Marx feststellte - bis ins letzte vervollkommnete, nachdem sie sie von der absoluten Monarchie übernommen hatte - ein Apparat, den, eben weil alles zum Zwecke der Klassenherrschaft, der Herrschaft einer Minderheit über die große Mehrheit konstruiert ist, die Arbeiterklasse nicht "einfach in Besitz nehmen" und "für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen" kann. (3)

In seiner Analyse des Wirkens der Kommune legte Marx die Grundlage für eine unvermeidliche Schlußfolgerung. Er erarbeitete eine historisch-politische Urteilkategorie für die Einschätzung jeder Gesellschaft, die durch folgendes konstituiert wird: Entscheidungsmonopol einer Minderheit, eine ausführende Bürokratie, die Ohnmacht der Massen gegenüber der Entscheidungsgewalt, welche mit der Bürokratie als ihrem Instrument eng verbunden ist, einkommensmäßige Ungleichheit und soziale Privilegien, die mit einer als Prämie für politische Treue verstandenen Karriere entstehen. Jede Gesellschaft, die so aufgebaut ist, kann nicht die Interessen der Massen widerspiegeln.

Die Staatsmaschinerie und die Kommune

Infolge ihrer historischen Wirkung ist die Kommune zum Vor-

bild für all diejenigen geworden, die später für eine proletarische Demokratie gekämpft haben. Weil sie die sozialen Interessen der Massen reflektierte, sprengte sie die alte Staatsmaschinerie. Vor allem war es notwendig, das Entscheidungsmonopol zu zerschlagen und es den Massen zu übertragen; es war notwendig, aus dem Funktionär einen Techniker ohne Treuverhältnis zu der machthabenden Minderheit zu machen und ihn der Kontrolle der Massen durch Wahl und Abwählbarkeit zu unterstellen; es war notwendig zu verhindern, daß auf dem Wege einkommensmäßiger Ungleichheit ein neuer Machtblock zwischen Regierung und Bürokratie entsteht - zu diesem Zweck war es das sicherste Mittel, die Formierung von Interessen dadurch zu verhindern, daß keinem öffentlichen Funktionär, unter Einschluß der Führer der Kommune, privilegierte Gehälter zugestanden wurden. Es festigte sich auf diese Weise der Grundsatz, daß die Erhöhung des Lebensstandards kein individuelles, sondern ein gesamtgesellschaftliches Faktum sein sollte. Es genügte jedoch nicht, die Funktionärskaste im Verwaltungsapparat zu beseitigen, sondern es war darüberhinaus notwendig, die beiden wichtigsten technischen Mittel der organisierten Repression - Polizei und stehendes Heer - der Macht der Eliten zu entziehen. Erstere wurde jeder politischen Funktion beraubt und an die Stelle des zweiten trat das bewaffnete Volk. Schließlich mußte das Parlament ersetzt werden, um die Trennung zwischen Legislative und Exekutive aufzuheben. An ihre Stelle traten Organe, die gleichzeitig die eine wie die andere Funktion erfüllten. Auch das Richteramt mußte der Demokratisierung und öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. (4) All das hatte die Kommune getan; und es war dies nicht geschehen, um auf radikalste Weise abstrakt-ideale Prinzipien zu verwirklichen, sondern dies waren unverzichtbare Maßnahmen in Hinblick auf das Ziel, die gesellschaftliche Organisation den Interessen der Massen funktional zu machen.

Nachdem die Kommune die proletarische Machtausübung verwirklicht hatte, schuf sich der liberale Parlamentarismus eine immer breitere Wählerbasis. Die zunehmende Ausweitung des Wahlrechts, dank dessen die liberalen Parlamente ihren ver-

deckt oligarchischen Charakter überwand, schuf Verhältnisse, in denen sich die Überzeugung breit machte, daß der Liberalismus in Demokratie überführt worden sei. Eine der bedeutsamsten Konsequenzen war, daß in weiten Teilen der organisierten Arbeiterbewegung die Demokratie jene Bedeutung verlor, die sie, ausgehend von Babeuf, bis dahin gehabt hatte, d. h. sie wurde nicht mehr als Macht der Massen in der Gesellschaft im Gegensatz zum liberalen Parlamentarismus, der als Ausdruck der Macht des Bürgertums in der Gesellschaft galt, betrachtet. Folglich ging die Strategie der Arbeiterbewegung dazu über, sich, bedingt durch den wachsenden Einfluß von Gewerkschaftskadern auf die sozialistischen Parteien, auf die Wahlen und die Verbesserung der Sozialgesetzgebung zu beschränken. Die sozialistische Gesellschaft wurde für diese Kader ein Orientierungsideal, ein ethisch-politischer Wert, das Endprodukt eines langsamen und evolutionären Naturprozesses des transsubjektiven Ganzen. Die Parteien und Gewerkschaften - mit Ausnahme ziemlich unbedeutender revolutionärer Minderheiten - lebten in den liberalen Ländern in psychologischer, organisatorischer und politischer Hinsicht in immer größerem Maße innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Jede revolutionäre Hypothese wurde als ein nicht ernst zu nehmendes Problem abgewiesen. Infolge des herrschenden Evolutionsbegriffs erschien der Sozialismus nicht als Resultat des Kampfes gegen die bestehenden Institutionen, sondern als Resultat ihrer Ausnutzung und Verbesserung. Dies führte unvermeidlich dazu, daß Sozialismus gleichgesetzt wurde mit dem Gebrauch eben jener Institutionen durch die Massen, die zuvor der Bourgeoisie für ihre Zwecke gedient hatten. Die Eroberung des Staates wurde im Kern gleichgesetzt mit der personellen Ablösung bürgerlicher Politiker durch jene aus den Organisationen der Arbeiterbewegung. Das bedeutete eine glatte Verkehrung des Wirkens der Kommune und der Analyse, die Marx ihr gewidmet hatte, wofür als Beispiel jener Satz Karl Kautskys aus seiner Schrift "Parlamentarismus und Demokratie" stehen mag:

"Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß in einem modernen

Großstaat der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit naturnotwendig in seinem Parlament liegt; wir glauben auch nachgewiesen zu haben, daß diese Tatsache für das Proletariat kein Unglück ist, da dieses durch seine Klassenkämpfe eine Reihe von Fähigkeiten entwickelt, die es ihm ermöglichen, den Parlamentarismus seinen Zwecken dienstbar zu machen." (5)

Dieser Prozeß der Zustimmung zum liberalen Parlamentarismus vollzog sich in eben derselben historischen Periode, in der Mosca, Pareto, Croce und Weber, die schärfsten Analytiker ihrer eigenen, der bürgerlichen Gesellschaft, alle in einem Punkte übereinstimmten: sie hielten die liberale Demokratie ihrem Wesen nach für ein Mittel zur Bildung von Herrschaftseliten. Und Georges Sorel seinerseits bemerkte sarkastisch in Bezug auf die Tatsache, daß es letztlich die Gewerkschaften waren, die die Massen organisatorisch im Griff hatten, die große Gefahr, die infolge des Bündnisses zwischen liberaler Demokratie und Praxis der Arbeiterbewegung drohe, sei, bei einem "von der Regierung geförderten Tradeunionismus" (6) zu enden. Auf diese Weise begann man, "unter der Demokratie nicht mehr die aktive Selbstregierung der werktätigen Massen als Mittel zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu sehen, sondern nur noch eine kapitalistische Staatsform, die sich durch ein Parlament des allgemeinen Stimmrechts auszeichnet." (7)

Die russische Revolution von 1905 brachte eine Wende oder zwang zumindest die Mehrheitssozialisten der westeuropäischen Länder dazu, klar Stellung zu beziehen. Die Revolution - in einem Lande, das keinerlei bürgerlich-demokratische politische Freiheiten kannte, durchgeführt - stellte die Massen vor die Notwendigkeit, sich eine Form der Selbstorganisation zu geben. Es fehlte in der Tat eine gewerkschaftliche Organisation, und es fehlten legale Parteien. Der Organismus, der entstand, war, wie Lenin im März 1918 sagte, nicht die Frucht einer Direktive von oben, sondern das Ergebnis der Initiative der Massen (8), und beinhaltete eine Wiederaufnahme der Erfahrungen der Kommune. Der Sowjet war die organisatorische Form,

die die Massen vereinte, und der politische Massenstreik war das Instrument ihrer revolutionären Aktion. Die sozialistische Bewegung der durch parlamentarische Systeme regierten europäischen Länder mußte zu den Sowjets und zum Massenstreik Stellung nehmen. Die Frage wurde im wesentlichen in Deutschland entschieden, wo die führende Arbeiterbewegung wirkte. Nach einer Reihe lebhafter Diskussionen in Partei und Gewerkschaften und im Anschluß an die entschiedenste Opposition der Gewerkschaftskader wurde die russische Erfahrung als unverwendbar für die westliche Arbeiterbewegung bezeichnet. Rosa Luxemburg blieb in den darauffolgenden Jahren eine Kassandra, die nicht müde wurde zu wiederholen, daß die Folgen einer solchen Perspektive teuer bezahlt werden müßten, daß die Arbeiterbewegung auf dem besten Weg sei, sich erneut der imperialistischen Bourgeoisie und deren Staatsapparat anzuliefern. Die Antwort des Zentrums um Kautsky und des rechten Flügels der Partei war, daß es notwendig sei, den Stimmeneinfluß der Partei bei Wahlen und den Bereich der Sozialgesetzgebung zu vergrößern, um auf diese Weise die reaktionärsten Kräfte der Bourgeoisie zu isolieren.

Die Sowjetdemokratie in der russischen Revolution

Die Sowjets bildeten sich im Februar 1917 noch einmal durch direkte Initiative der Massen. Wo entstanden sie? Es ist ein wichtiger Punkt, dies zu klären. Die Zentren der Räte waren auch 1917 noch, wie sie es schon 1905 gewesen waren, Petersburg, das größte Industriezentrum des Zarenreiches, und die anderen Industriestädte. Und jene russische Industrie war keineswegs rückständig, sondern sehr fortschrittlich; Rußland insgesamt war rückständig, nicht aber seine Industriezentren. Historisch ist es paradox, schreibt Deutscher, daß die russische Industrie, die Industrie des rückständigsten Landes in Europa, "in einer Hinsicht die modernste auf der Welt war: Sie war höchst konzentriert, und der Koeffizient der Konzentration war sogar höher als damals in der amerikanischen Industrie". Es handelt sich hier um einen sozioökonomischen Tatbestand, der

in seiner Konsequenz von enormer politischer Tragweite war, da das Proletariat der Industriestädte und in erster Linie Petersburgs dadurch zu einem hohen Grad an Organisation und politischer Schlagkraft befähigt wurde. (9) Deshalb war die Kraft, die sich an die Spitze des revolutionären Prozesses stellte, ein mächtiges Industrieproletariat. Das russische Sowjetsystem war nicht das Kind rückständiger Massen, wie ja auch schon die Kommune Ausdruck der Pariser Massen gewesen ist. Man sollte sich übrigens ins Gedächtnis rufen, daß in Deutschland das revolutionärste Zentrum Berlin und in Italien die Hauptstadt der Räte Demokratie Turin sein wird.

Die russischen Arbeitermassen waren, vereint mit den Soldaten der städtischen Garnisonen, zu einer außerordentlichen politischen Initiative imstande. Dieser Aspekt der schöpferischen Initiative der Massen wurde von Lenin wenige Monate nach dem Oktober 1917 mit folgenden Worten gepriesen: die Republik der Sowjets, sagte er, "entstand mit einem Schlag, sie entstand so leicht, weil die Massen im Februar 1917 die Sowjets geschaffen hatten, sogar noch bevor irgendeine Partei diese Losung ausgegeben hatte. Die große Schöpferkraft des Volkes, das die bitteren Erfahrungen von 1905 durchgemacht hatte, durch sie gewitzigt war - das war es, was diese Form der proletarischen Staatsmacht schuf". (10)

Nun, welche Regeln wollen sich jene Massen für eine innere Demokratie geben, um eine revolutionäre Aktion ausführen zu können? Die Sowjets sind vor allem Klassenorganismen; in zweiter Linie dienen sie, durch Wahl und Abberufbarkeit ihrer Repräsentanten, dazu, eine Entfremdung der Macht zu verhindern.

Weil Arbeiter, Soldaten oder Intellektuelle insofern Mitglieder der Räte sind, als sie akzeptieren, sich auf den Boden der Klassendemokratie zu stellen, ist der Sowjet ein proletarischer Organismus; in seinem Innern arbeiten nach dem Februar 1917 die politischen Parteien, die freiwillige Zusammenschlüsse sind, welche die Einzelnen nicht unter dem Aspekt ihrer ge-

sellschaftlichen Lage, sondern unter dem Aspekt ihrer Zugehörigkeit zu einem genau formulierten politischen Programm zusammenfassen. So kommt es, daß im Innern des Sowjets die sowjetischen Parteien agieren, die Sozialrevolutionäre, die Menschewiken und Bolschewiken, die darum kämpfen, die Mehrheit der Sowjets für ihre politische Linie zu gewinnen. Und als die Mehrheit der wichtigsten Sowjets zu den Bolschewiken übergegangen war, gab Lenin das Startzeichen zum Umsturz. Der Moment, den alten Staatsapparat zu zerschlagen, war gekommen.

Tatsächlich zeigt die russische Revolution, wenn man sie in den großen Zentren verfolgt, die ihren Verlauf bestimmten, die Kennzeichen einer klassischen "marxistischen" Revolution: ein hoher Grad politischer Initiative bei den Massen und an ihrer Spitze ein bewußtes Industrieproletariat; die Kommunisten an der Spitze der revolutionären Massen. Gewiß, auch die Bauern spielten eine entscheidende Rolle; sie hatten mit ihrem Friedenswillen in den Schützengräben und mit den Aktionen gegen die Großgrundbesitzer auf dem Lande die Macht des alten Staates zerstört; aber nichtsdestoweniger war ihr Schicksal in Rußland dies, "erobert" zu werden von dem, der das Spiel in den großen städtischen Zentren gewann. Die Unbekannte, die eine solche Revolution belastete, bestand in der Frage, ob jene Sowjetdemokratie, die in den Städten entstanden war, im ganzen Lande aufrechterhalten und verbreitet werden könnte. Die Antwort der Bolschewiken war, daß die russische Revolution nur die Avantgarde der europäischen Revolution sein könne. Die Bolschewiken betrachteten Rußland als die rückständige Provinz eines fortgeschrittenen sozialistischen Europas.

Die deutsche Erfahrung

Als gut ein Jahr nach der Oktoberrevolution im November 1918 in Deutschland die Revolution ausbrach, sah sie sich mitten im Zusammenbruch der alten Institutionen unmittelbar mit zwei verschiedenen Strategien konfrontiert, die vorgebracht wurden von den Sozialisten der verschiedenen Strömungen: von der Sozial-

demokratischen Partei, von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und vom Spartakusbund. Rosa Luxemburg zögerte nicht; in dem Artikel "Der Anfang" begrüßte sie den revolutionären Prozeß, der Deutschland erschütterte, und betonte ausdrücklich die Aufgabe eines sozialistischen revolutionären Proletariats: "Aus dem Ziel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Sicherung des Revolutionswerks vor ihren lauernenden Feinden: dies ist die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung." (11)

Wenige Tage später schrieb sie: "Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie." (12) Und noch am 11. Dezember sagte sie: die Aufgabe, die die Räte erwartet, ist, "die ganze soziale und politische Maschinerie des Staates in proletarisch-sozialistischem Sinn auszubauen." (13) Und in der Programmrede auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 31. Dezember 1918 gibt es eine Erklärung, die stark an die Gramscis erinnert, wonach das wichtige der russischen Revolution die Räte waren: "Wir können sicher sagen - und das ergibt sich aus der ganzen Lage von selbst -: in welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein." (14)

Und sie fuhr fort, die Notwendigkeit aufzuzeigen, daß, nach dem Prinzip der Gegenmacht, nicht nur der politische Apparat, sondern auch der ökonomische zu zerschlagen sei.

"Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitalismus geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden." (15)

Sie startete eine frontale Polemik gegen die Konzeption der parlamentarischen Sozialisten: Illusion ist es, anzunehmen, es sei "nur nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. (...) Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung." (16)

Auf der anderen Seite kannten auch die führenden Köpfe der Sozialdemokratie kein Zögern. Ebert, der es sich nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches von Anfang an zur Aufgabe gemacht hatte, die Revolution zu verhindern, einigte sich einerseits, um sein Ziel zu erreichen, mit der Offizierskaste und wies andererseits den spontan und unvermeidlich entstandenen Arbeiter- und Soldatenräten die Aufgabe zu, mit der traditionellen staatlichen Verwaltung zusammenzuarbeiten. 'Vornehmste Aufgabe' der Räte ist es - nach einem Regierungsdekret vom 12. November 1918, das von Ebert, Scheidemann und Haase unterzeichnet wurde -, 'jegliche Unordnung und Meuterei zu verhindern'. In einem Appell an das Heer vom 10. November hatte Ebert den Soldatenräten befohlen, im Sinne der 'engsten Übereinstimmung zwischen Truppen und Kommandanten' zu handeln. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg konnte offen dem Willen des Oberkommandos Ausdruck geben, wonach 'in gemeinsamem Einverständnis mit Reichskanzler Ebert vorzugehen' sei, um 'auf diese Weise die Verbreitung des bolschewistischen Terrors in Deutschland zu verhindern'.

Die Mehrheitssozialisten - die Unabhängigen waren zutiefst gespalten und neigten zum Teil zu diesen, zum Teil zu den Spartakisten - glaubten, daß der Staats- und Verwaltungsapparat unersetzlich sei; und daß das, was notwendig wäre, nicht die Ablösung des bürgerlichen Parlamentarismus durch den Rätestaat sei; sondern die Demokratisierung jenes Apparats dadurch, daß man ihn der parlamentarischen Kontrolle unterwirft. Die Räte könnten allerhöchstens Basisinstanzen mit konsultativem Wert sein, die einer legitimen Regierung unterstellt sind, die

im Anschluß an die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu bilden sei und aus der auch die neue institutionelle Ordnung hervorgehen würde. In der Zwischenzeit hätten die Räte in Übereinstimmung mit den Direktiven der Regierung zu handeln. Kautsky seinerseits wurde nicht müde zu betonen, daß die Räteordnung auf das fortgeschrittene Westeuropa nicht übertragbar sei und daß der Sozialismus allein durch das Parlament und die Tätigkeit der Gewerkschaften eingeführt werden könnte. In der Substanz stimmte der Standpunkt Kautskys mit dem Eberts überein, der nicht zögerte zu erklären, die größte gemeinsame Sorge müsse es sein, 'die Maschine des Reichs nicht zusammenbrechen zu lassen', und alles zu tun, 'daß diese Maschine weiter funktioniert'. Nun, hinter der Sozialdemokratie stand die Macht der Gewerkschaften, die am 15. November 1918 mit den Unternehmern eine Übereinkunft getroffen hatten, - eine Übereinkunft, die, zusammen mit der vollen gewerkschaftlichen Freiheit, die Verpflichtung der Gewerkschaften sanktionierte, das Privateigentum und die aus den Erfordernissen einer kontinuierlichen Produktion resultierenden Verpflichtungen zu respektieren. Als am 6. Februar 1919 die verfassungsgebende Nationalversammlung zum ersten Mal zusammentrat, war die revolutionäre Gefahr in Deutschland im wesentlichen gebannt. Ebert entwarf in seiner Eröffnungsrede die Grundlinien des sozialdemokratischen Programms. Er versprach wirtschaftliche und soziale Reformen, appellierte an die Unternehmer, 'mit aller Kraft die Wiederaufnahme der Produktion voranzutreiben', und erklärte, daß der Militarismus in Deutschland endgültig geschlagen sei. "Die Prinzipien" sagte er wortwörtlich, "der alten deutschen Machtpolitik sind für immer zerstört."

Die Niederlage der proletarischen Revolution und der Rätedemokratie in Deutschland war, wie Rosa Luxemburg noch vor ihrem Tode Zeit hatte sich klar zu machen, Schuld der revolutionären Unreife der Massen und der Tatsache, daß sie in ihrer Mehrheit glaubten, die Sozialdemokratische Partei sei imstande, auch mit traditionellen Mitteln das Land wirklich zu einer sozialistischen Transformation zu führen. Es ist unter die-

sem Aspekt sehr bezeichnend, daß auf dem 1. Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16. - 20. Dezember 1918 sich ergab, daß von den 514 Mitgliedern sich die große Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammensetzte, die die Alternative - Rätedemokratie oder bürgerlicher Parlamentarismus - zurückwiesen, und daß nur etwa hundert der Opposition folgten, die von Richard Müller, Däumling und Ledebour angeführt wurde. Weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht erhielten ein Mandat. Die Dinge nahmen einen so ungünstigen Verlauf, daß der von Noske geführte Bürgerkrieg mit der "vollständigen Vernichtung der politischen Macht der Räte (endete). Wo noch Arbeiterräte fortbestanden, waren sie völlig einflußlos. So war der Versuch, im Anschluß an die Revolution eine volkstümliche aktive Demokratie zu begründen, gescheitert." (17)

Auf diese Weise erlitt die deutsche Arbeiterbewegung eine nicht-wiedergutzumachende und allgemeine Niederlage. Indem die deutsche Sozialdemokratie dem traditionellen Staatsapparat im Moment seiner allgemeinen Krise geholfen hat, sich zu rehabilitieren, hat sie nicht nur den Ruin der Luxemburgischen Strategie vorbereitet, sondern auch ihr eigenes Verderben. Denn der Glaube, mit demokratisch-parlamentarischen Instrumenten die Institutionen der herrschenden bürgerlichen Klasse kontrollieren zu können, erwies sich als reine Illusion. Der alte Kautsky konnte 1927 nach einer Untersuchung der sozialen Ursachen des Erfolges der Faschisten in Italien in aller Ruhe behaupten, daß der Faschismus in Deutschland nicht habe Fuß fassen können. (18)

Die Konzeption Gramscis

Auch Italien, das doch ein Siegerland war, erlebte eine heftige und tiefe soziale Krise; die Revolution schien an die Tür zu pochen.

Gramsci erkannte im russischen Sowjet ein Beispiel von allgemeingültigem Wert. Und ausgehend von dieser Urteils"katego-

rie" übte er bittere und radikale Kritik an den traditionellen Institutionen der Arbeiterbewegung, an der Sozialistischen Partei wie an den Gewerkschaften. Aber die Originalität Gramscis lag in der Aufmerksamkeit, die er der industriellen Produktion schenkte. Er ging von der tiefen Überzeugung aus, daß die Revolution nur dann siegen könne, wenn die revolutionäre Partei sich fähig erwies, die Massen zu verändern und in ihnen den Willen zu erwecken, sich zur führenden Klasse zu erheben. Da aber die Arbeiterklasse, gesellschaftlich betrachtet, eine Einheit in der Fabrik war, da das Kapital in der Fabrik sein wirkliches Machtzentrum besaß, da eine neue Klasse nur dann führend werden konnte, wenn sie in der Lage war, nicht nur den alten Apparat zu zerschlagen, sondern ihn auch durch einen neuen zu ersetzen, - deshalb war die Fabrik der Ort, an dem die Arbeiterklasse ihre Schlacht gewinnen oder verlieren würde. Und deshalb wird der "Fabrikrat das Modell des proletarischen Staates"(19). Auf Sorel zurückgreifend (aber stand nicht hinter Sorel Fernand Pelloutier* und die Erfahrung der Bourses du Travail? (20)), beharrte er immer auf dem Faktum, "daß die proletarische Revolution der industriellen Gesellschaft immanent ist" und daß aus ihr "ein System von absolut neuen, für die revolutionäre Klasse charakteristischen Verhältnissen hervorgehen werde." (21)

Die Grundhaltung Gramscis in den Jahren 1919-20 war schlechthin "antijakobinisch". Er ließ nicht ab, vor einer Machtergreifung zu warnen, die nicht die große Mehrheit der arbeitenden Massen hinter sich hatte. Und seine Urteile über die antijakobinische Bedeutung der russischen Rätereformen, in denen sich begeisterte Zustimmung ausdrückt, sind allgemein bekannt. Nun, dieser Antijakobinismus Gramscis, in dem sich die entscheidenden

* F. Pelloutier (1867 - 1901), Theoretiker des revolutionären Syndikalismus; in den "Arbeitsbörsen" waren die Gewerkschaften einer einzelnen Stadt oder eines Bezirkes zusammengefaßt, ungeachtet ihrer beruflichen oder industriellen Zusammensetzung; sie sollten Keime einer zukünftigen kollektivistischen, staatenlosen Gesellschaft sein. (A. d. R.)

den Prinzipien der Räte Demokratie ausdrücken, hatte seinen eigentlichen Kern darin, wie er das Verhältnis zwischen revolutionärer Partei und Räten auffaßte. In den Räten (man sprach in Italien nicht von Soldatenräten, weil es keine Desintegration im militärischen Apparat gegeben hatte) sollten sich die Industriearbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter, die armen Bauern und die revolutionären Techniker zusammenschließen. Die Räte sollten allen ideologischen und Partei-Strömungen, die unter den Massen vorhanden waren, Ausdruck verleihen; die revolutionäre Partei hatte die Funktion, ein wirklich sozialistisches Klassenbewußtsein zu bilden und zu erkämpfen. Die Revolution sollte mit der Verlagerung der Machtverhältnisse innerhalb der Massen und mit dem Reifen eines Willens zum revolutionären Kampf um die Machtergreifung zusammenfallen.

Die Krise des Räte systems in der UdSSR

Wie in Deutschland, so wurde auch in Italien die Räte Demokratie aufgehoben und niedergeschlagen. Die alten staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen fanden einen Kräfteblock vor, der ihren Fortbestand sicherte.

Die versäumte Ausbreitung der Revolution in die europäischen Länder, die einen höheren Entwicklungsstand aufwiesen, und insbesondere nach Deutschland besiegelte das Schicksal des Räte systems als demokratisch-proletarische Alternative zur traditionellen Macht, die sich auf die permanente Trennung zwischen Regierenden und Regierten gründet. Jenes Gesetz, das die Theoretiker der Eliten als Naturgesetz darstellten, hatte sich historisch bestätigt. Schrieb nicht Mosca: "Die Vorherrschaft einer organisierten Minorität, die einem einzigen Impuls gehorcht, über die unorganisierte Mehrheit ist in der Tat schicksalhaft", (22) oder Michels: "Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie". (23) Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker mit der leidenschaftlichsten Sensibilität für die Werte der proletarischen Demokratie als Form der Diktatur über die Bourgeoisie, konnte, den gesamten Prozeß historisch überblickend, schreiben: das Resultat des Kampfes zwischen internationalem

Imperialismus und proletarischer Demokratie war "eine vollständige Niederlage der Demokratie an allen Fronten. Vor allem auch in Rußland selbst". (24)

Die Elemente, die zur Aushöhlung des Rätessystems in jenem Lande führten, in dem es legal als die Basis der Macht anerkannt war, wenngleich die UdSSR isoliert und ihren inneren sozialen und politischen Verhältnissen überlassen war, können durch eine Gegenüberstellung der für seine Lebensfähigkeit notwendigen Voraussetzungen mit dem historischen Verlauf, der sein Verschwinden bestimmte, ans Licht gebracht werden.

Das wesentliche an der Sowjetdemokratie war, zwar eine Klassendemokratie zu sein, aber auch eine Demokratie, die sich auf die Respektierung der politischen Parteien und politischen Strömungen gründete, wie sie sich im Bewußtsein der Massen widerspiegeln. Das Einparteiensystem - und dies ist ein Faktum, das zum großen Teil vergessen wurde und das doch wesentlich ist - lag ursprünglich völlig außerhalb des Horizonts der Bolschewiki und ihrer Konzeption der proletarischen Machtausübung. Vielmehr stellt sich Lenin noch am Vorabend der Oktoberrevolution die normale Entwicklung der Sowjetdemokratie wie folgt vor: 1. "friedliche Wahlen der Deputierten durch das Volk"; 2. "friedlicher Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets"; 3. "Prüfung der Programme der verschiedenen Parteien in der Praxis"; 4. "friedlicher Übergang der Macht aus der Hand einer Partei in die einer anderen". (25) Die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Sowjetdemokratie setzte Informationsfreiheit, Organisationsfreiheit und Pressefreiheit voraus, da die Massen nur so eine wirkliche Auswahl ihrer Repräsentanten treffen, sie kontrollieren und ihrem Recht auf Abberufung unterwerfen, kurzum das Wesen der Selbstregierung realisieren konnten. Wenn, durch welche historischen Bedingungen auch immer, die Sowjets der Möglichkeit beraubt wurden, politische Initiative zu entwickeln, programmatische Vorschläge auszuarbeiten und ihre eigenen Regierenden zu ersetzen, und wenn die Massen auf rein exekutive Funktionen reduziert wurden, so bedeutete dies die Transformation des Rätessystems in die formale Hülle einer völ-

lig anderen politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Es ist offensichtlich, daß das Rätesystem, eingeengt und reguliert durch die Diktatur einer Partei, schon an sich den Übergang von einem Regime proletarischer Demokratie zu einem auf ein neues politisches Monopol gegründeten Regime bedeutete. Die theoretische Rechtfertigung, die für die Diktatur der Partei gegeben wurde, lautete, daß die Partei objektiv die Interessen der Massen repräsentiere, unabhängig von deren subjektiver Reife. Auf diese Weise wurden die Massen in Wirklichkeit aus dem Spiel gebracht; und die Partei konnte sehr wohl eine fortschrittliche historische Aufgabe erfüllen, aber sie konnte dies nur mit Methoden unmittelbaren Zwangs tun. Mit der ihm eigenen Offenheit erklärte Lenin schon im März 1919 in aller Deutlichkeit, daß "die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für die Werktätigen sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst. Hier stehen wir vor einer Aufgabe, die nicht anders als durch langwierige Erziehungsarbeit gelöst werden kann. Gegenwärtig ist diese Aufgabe für uns ungeheuer schwierig, weil - wie ich schon mehrfach Gelegenheit hatte aufzuzeigen - die Arbeiterschicht, die die Verwaltung ausübt, außerordentlich, unglaublich dünn ist. Wir brauchen Verstärkung." (26)

Wir finden hier klar die typisch "jakobinische" Mission angedeutet, die die Bolschewiki der nunmehr an der Macht befindlichen Partei zuwiesen. Das Wesen dieses "Jakobinertums" war ein autoritäres und pädagogisches Verhältnis zu den Massen auf dem Wege vom Einparteiensystem zum monolithischen Block.

Der historische Prozeß von Oktober 1917 bis März 1921, d. h. bis zum Aufstand von Kronstadt und zum 10. Parteitag, brachte eine Reihe von Bedingtheiten zur Geltung, die alle der Aufrechterhaltung und Entwicklung des Rätesystems in unversöhnlicher Feindlichkeit entgegenwirkten. Jenes Industrieproletariat, das in Petersburg, Moskau und in den anderen großen Industrie-

städten die Revolution durchgeführt hatte, bildete schon immer im Vergleich zu der bäuerlichen Bevölkerung eine verschwindende Minderheit. Das teilweise Erliegen der industriellen Produktion, die Notwendigkeit, die Funktionäre der staatlichen Verwaltung, der Partei und der Armee zu ernähren, die physische Dezimierung durch den Bürgerkrieg und die Flucht beträchtlicher Gruppen der Arbeiterklasse auf das Land, um dem Hunger zu entinnen, hatten darüberhinaus zur Folge, daß jenes Proletariat, das die Revolution angeführt hatte, desintegriert wurde, wobei - mit einer Reihe enormer Konsequenzen - das Schwergewicht des Landes, das in Rußland der proletarischen Macht in weitem Maße feindlich gesinnt war, erhöht wurde. Man möge sich vergegenwärtigen, daß in dem europäischen Teil der UdSSR in der Zeit zwischen 1917 und 1921 die Bevölkerung um 35,2% zurückging. Petersburg, das 1916 2415000 Einwohner zählte, hatte 1920 nur noch 740000; und Moskau reduzierte sich in der selben Zeit von 1900000 auf 1120000. (27) War die proletarische Demokratie mit einer sozialen Krise vereinbar, die die physische Existenz des Industrieproletariats aufs Spiel setzte? (28)

Insbesondere der Bürgerkrieg wirkte wie ein Katalysator für alle der proletarischen Demokratie entgegenwirkenden Tendenzen. Die Notwendigkeit, militärischen Effizienzkriterien zu folgen, - die die Massen auf das Niveau des Existenzminimums brachte, die eine zunehmende Verstärkung der inneren Sicherheitsorgane und die zunehmende Aufhebung der Informations- und Diskussionsfreiheit in und außerhalb der Partei hervorrief, die ein sich von den traditionellen nicht sehr unterscheidendes Heer wieder aufbaute - bildete den reichen Nährboden einer allgemeinen Zentralisierung. (29) Unter diesen Bedingungen setzte sich die Zentralisierung fortschreitend durch, bis sie den gesamten Gesellschaftskörper durchdrang. "Die Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht wurde unumgänglich, wenn die sowjetische Regierung überleben wollte." (30) Bestätigte sich nicht das Paradox, daß die Sowjets auf dem Lande an einem bestimmten Punkt von den Kulaken dominiert wurden? Der Preis des Überlebens in einem von Bauern dominierten Land, dessen Industrieapparat lädiert war, war die Enthauptung

des Rätessystems und seine Ersetzung durch die Diktatur der Partei.

Die Wurzeln des Stalinismus

Aber welche Art von Regime trat in der UdSSR an die Stelle der entmachteten proletarischen Demokratie und welche Auswirkungen hatte dieser innersowjetische Prozeß auf die internationale Arbeiterbewegung?

Der 10. Parteitag und das auf ihm beschlossene Fraktionsverbot war eine entscheidende Wende in der Geschichte der Partei. Der nächste Schritt war die Einschränkung der Freiheit zu politischer Initiative in den Führungsorganen selbst, bis sich im Jahre 1927 schließlich die Fraktion Stalins jeglicher Opposition entledigt hatte.

Wie hätte aber auch wirkliche Demokratie in der Partei und der Führungsgruppe selbst überleben können, wenn diese sich auf eine entmündigte Gesellschaft stützten? Was hätte die stärkste Gruppe, die den Apparat kontrollierte, daran hindern können, sich der Opposition zu entledigen? Als Lenin tot war, nahm die Debatte den Charakter einer Abrechnung an. Stalin handelte als Interpret einer neuen herrschenden Klasse, die gleichzeitig ebenso den Parteiapparat wie auch den der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung kontrollierte.

"In Wahrheit - urteilt Deutscher - war die bolschewistische Bürokratie bereits die einzige organisierte und politisch aktive Kraft in Gesellschaft und Staat zugleich. Sie hatte sich die politische Macht, die den Händen der Arbeiterklasse entglitten war angeeignet; sie stand über allen gesellschaftlichen Klassen und war von ihnen allen politisch unabhängig." (31)

Lenin hatte mit wachem und gequältem Bewußtsein den Entstehungsprozeß der bürokratischen Herrschaft verfolgt. Er geißelte die Exzesse, jedoch nicht ohne sie andererseits teilweise zu rechtfertigen; aber er hoffte, daß der Bürokratisierungsprozeß in Staat

und Partei nur ein Durchgangsstadium repräsentierte, das überwunden würde, sobald die Früchte der Industrialisierung die sozioökonomische Basis für eine Wiederaufnahme der Sowjetdemokratie durch die Massen geschaffen hätten. Er hoffte, daß die Bürokratie durch die bewußtesten Elemente der Partei und der Massen hingehalten werden könne.

Aber nachdem sich die Bürokratie einmal der Herrschaft bemächtigt hatte, schuf sie ein Regime nach ihrem Bilde und ihrer Vorstellung. Sie schuf eine Ideologie, deren Wesen es war, das bestehende Regime als die Verwirklichung der proletarischen Demokratie zu erklären, wobei sie den Massen selbst auf diese Weise das Bewußtsein von einer authentischen sozialistischen Zielsetzung und von authentischen sozialistischen Werten raubte. Ein Regime, das auf das politische Entscheidungsmonopol in der Hand eines äußerst beschränkten Führungskreises um einen charismatischen Führer gegründet ist, das auf eine strenge Hierarchisierung der Einkommen und der Macht, auf eine endgültige Wiederherstellung des stehenden Heeres, auf eine allmächtige politische Polizei im Dienste der Macht, auf eine zunehmende Aufwertung nationalistischer Werte und auf ein rigides Zwangsverhältnis gegenüber jeglicher Kritik gegründet ist, wurde als verpflichtendes Modell für die Massen und die kommunistischen Parteien in aller Welt dargestellt und gefeiert.

Und doch bürdete sich die Bürokratie eine riesenhafte Aufgabe auf und führte sie bis zum letzten aus, ohne vor irgendetwas zurückzuschrecken. Die stalinistische Partei war die Partei der Industrialisierer. Sie hielt die Transformation eines rückständigen Landes in ein industrielles für eine ausreichend große Aufgabe, um alle Methoden und jegliche Brutalität zu rechtfertigen. Einmal an die Macht gelangt, war ihr Ziel das jeder herrschenden Klasse: ihre eigene Macht über die Gesellschaft zu verewigen.

Der Niedergang der Sowjetdemokratie im Gefolge des Scheiterns der Revolution in Westeuropa und der Isolierung Rußlands schlug auf die westlichen kommunistischen Parteien zurück. Die

Tatsache, daß sie nicht fähig gewesen waren ihre Revolution durchzuführen, hatte zur Folge, daß das Prestige der siegreichen Partei und ihre Macht über die ganze Bewegung immens gestärkt und gerechtfertigt aus dieser Niederlage hervorgingen. Nach dem Tode Lenins und zunächst der Isolierung und später der Liquidierung Trotzki- der jedoch selbst, trotz seines "Erwachens" 1923, die schwerste Verantwortung dafür trug, zuvor mehr als jeder andere die Ideologie der Parteidiktatur geschaffen zu haben (32) - waren die kommunistischen Parteien des Westens nicht nur politisch erfolglos in ihrem Kampf mit den Sozialdemokraten, sondern sie gerieten auch in ihrer politischen Linie in immer stärkerem Ausmaß in die Abhängigkeit der KPdSU, mit schweren Folgen für ihre politische Fähigkeit und Initiative. So geschah es, daß sich die Führungsgruppen innerhalb der kommunistischen Parteien in Bezug auf ihre Disponibilität gegenüber der Linie der KPdSU formierten bzw. auflösten; und der typischste Ausdruck war das System der Säuberungen, das in ihrem Innern eingeführt wurde. (33)

Die Räte bei Gramsci nach 1921

Das Schicksal, das die Thematik der Räte in der kommunistischen Partei hatte, deckte sich in Italien im wesentlichen mit den Positionen Gramscis.

Wenn wir die revolutionäre Praxis, welche auch nach der Gründung der Partei im Januar 1921 von Gramsci konzipiert wurde, untersuchen, dann läßt sich erkennen, daß die Räte ein Leitmotiv* bildeten, das nie verschwindet, auch nicht in der Zeit der unangefochtenen Führung der Partei durch Bordiga. Im Oktober 1921 schrieb er: Das Minimalprogramm der Partei muß "die Organisation eines Systems von Räten zur Kontrolle der Produktion und des Handels sein, Räte, die von allen Werktätigen gewählt werden, von Hand- und Kopfarbeitern, Organisierten und Nichtorganisierten, Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten und vom Volk"; und das Maximalprogramm "die Orga-

* im Original deutsch

nisation von Räten der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Deputierten, die darum kämpfen, anstelle von Parlamenten und Rathäusern die Staatsmacht zu übernehmen." (34)

Später, als er an der Spitze der Partei stand, hat Gramsci noch expliziter das Thema der Räte wiederaufgegriffen. Nach der Ermordung Matteottis am 10. Juni 1924 und im Verlauf der sich anschließenden Krise gab er die Losung der Arbeiter- und Bauernkomitees aus und knüpfte damit unmittelbar an die Räte-theorie des "Ordine Nuovo" aus den Jahren 1919-20 an.

Aber es handelte sich um eine Theorie, die sich auf keine konkrete Basis stützte. Die konkrete historische Erfahrung war die einer von den Massen isolierten kommunistischen Partei, die politisch immer stärker von der KPdSU abhing, deren Tun Gramsci nunmehr nicht versäumte gelegentlich mit offen und ausschließlich propagandistischen Worten zu verteidigen. Es ist bezeichnend, daß Gramsci im Dezember 1921 die Kommunisten als die Jakobiner ihrer Zeit rühmte. (35)

Gramsci versuchte nunmehr die ursprüngliche Inspiration der Räte-demokratie, deren Kerngedanke die Diktatur des Proletariats als Diktatur der Räte und der Massen gewesen war, mit einer Idealisierung des historischen Kurses, den das System der Sowjets in der UdSSR eingeschlagen hatte, zu versöhnen. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, im Jahre 1926 den berühmten Brief an die KPdSU zu schreiben, aus dem die ernsteste Besorgnis über das, was in der sowjetischen Führungsgruppe geschah, und über die Methoden des inneren politischen Kampfes hervorging. Gleichwohl gelang es ihm nicht, eine im ganzen überzeugende Antwort auf jenes Zentralproblem der proletarischen Demokratie zu geben, dessen sich hingegen Rosa Luxemburg so bewußt gewesen war, nämlich auf das Problem des vorhandenen Zusammenhangs zwischen der Demokratie in der Partei und der Demokratie in den Räten. Eben wegen dieses ungelösten Knotens sind die Überlegungen Gramscis zum Thema der Demokratie in den "Aufzeichnungen aus dem Gefängnis" zwar ein reicher und faszinierender Diskurs über die Demokratie in der Partei, aber sie

tragen zu keiner wirklichen Klärung ihrer allgemeinen politischen Voraussetzungen bei, die existieren müssen in der Gesellschaft, damit in der Partei selbst die Demokratie aufrechterhalten bleibt.

Wenn wir die Summe ziehen, ist es dann notwendig, das Räte-system, dessen Scheitern als konkrete Realität ein unbestrittenes historisches Faktum ist, endgültig als abstrakte Utopie abzutun? Wenn die proletarische Demokratie historisch auch eine vollkommene Niederlage erlitten hat, so muß man sich doch wirklich Rechenschaft darüber ablegen, daß sowohl die Sozialdemokratie als auch auf der anderen Seite die sowjetische Bürokratie die ganze Aktualität dieser Demokratie erneut zur Diskussion stellen. Der Sozialdemokratie, die sich gegen das Räte-system gewandt hatte im Namen einer "realistischeren Strategie", welche auf die Domestizierung des bürgerlichen Staatsapparats und dessen Nutzung für den Sozialismus abzielte, ist nichts weiter gelungen, als die Gesellschaft an die faschistische Diktatur auszuliefern oder die Rolle einer "linken" Verwalterin des Kapitalismus zu spielen. Dem Regime bürokratischer Herrschaft seinerseits gelingt es immer weniger, die Probleme einer Gesellschaft, die sie den dramatischsten Spannungen ausgesetzt hat und noch aussetzt, zu lösen.

Das Räte-system ist besiegt worden aufgrund der Unreife der Massen, die in den hochentwickelten Ländern der Illusion erlegen waren, daß die Sozialdemokratie ihre Versprechungen einhalten könne, und die in dem rückständigen Lande, in dem sie den Kapitalismus geschlagen hatten, nicht fähig gewesen sind, die Macht zu halten.

Gewiß, das Räte-system ist lange aufgehalten worden, denn seine Niederlage hat bewirkt, daß seine historische Erfahrung einer sich schnell entwickelnden Welt um ein halbes Jahrhundert nachhinkt. Aber diese Entwicklung hat die breiten Massen ihrer Rückständigkeit entrissen. Heute könnten die Arbeiter, Techniker und Intellektuellen in den osteuropäischen Ländern wie in der hochentwickelten kapitalistischen Welt selbständig die Macht

austüben, so, wie sie auf ausführender Ebene den gesamten Mechanismus des gesellschaftlichen Produktionsapparats handhaben. Die Arbeit muß dort aufgenommen werden, wo sie unterbrochen worden ist. Das Entscheidende des Problems formulierte Lenin im April 1918 wie folgt: "In den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der werktätigen Massen in der Durchführung der negativen oder zerstörenden Arbeit, den Feudalismus, die Monarchie, die Mittelalterlichkeit zu vernichten. Die positive oder schöpferische Arbeit, die neue Gesellschaft zu organisieren, besorgte die besitzende bürgerliche Minderheit der Bevölkerung." Umgekehrt kann eine sozialistische Revolution "nur bei selbständigem historischen Schöpfertum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden." (36)

Aufgabe der Kommunisten, heute wie gestern, kann es nur sein, daran zu arbeiten, unter den Massen einen sozialistischen Willen und ein sozialistisches Bewußtsein zu verbreiten; der Sozialismus aber kann nur eine Wiedergeburt der neuen Demokratie sein. Daß der Proletarier von "einem Ausführenden zu einem Initiator, von der Masse zum Führer, von dem Arm zu Kopf und Willen wird" - das nannte Gramsci im Sommer 1920 als Ziel. (37) Und in den "Notizen über die Politik Machiavellis" stellte er die Frage: "Will man, daß es immer Regierende und Regierte gibt, oder will man Bedingungen schaffen, daß die Notwendigkeit dieser Zweiteilung verschwindet?" (38) Gramsci warf mit dieser Frage dasselbe Problem auf, das bereits das "Manifest der Gleichen" 1797 ausgesprochen hatte: "Verschwinde endlich einmal, empörende Unterscheidung von Reichen und Armen, Großen und Kleinen, Herrn und Knechten, von Regierenden und Regierten!"

ANMERKUNGEN

- 1) A. Gramsci: L'Ordine nuovo, Torino 1955, S. 142
- 2) ebd., S. 374
- 3) K. Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, Bd. 17, Berlin 1963, S. 336
- 4) ebd., S. 338 f.
- 5) K. Kautsky: Parlamentarismus und Demokratie, Stuttgart 1911, S. 122
- 6) G. Sorel: Scritti politici, Torino 1963, S. 780
- 7) A. Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, Frankfurt 1962, S. 186
- 8) W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, Berlin 1970, S. 76
- 9) I. Deutscher: Der Verlauf der Revolution 1917, in: I.D.: Die unvollendete Revolution, Frankfurt 1970 (Fischerbücherei), S. 106
- 10) W. I. Lenin: a. a. O., S. 76
- 11) R. Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, 2. Band, Berlin 1951, S. 595
- 12) ebd., S. 606
- 13) ebd., S. 630
- 14) ebd., S. 669
- 15) ebd., S. 676
- 16) ebd., S. 676
- 17) A. Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961, S. 64
- 18) K. Kautsky: Die materialistische Geschichtsauffassung, 2. Band, Berlin 1927, S. 477
- 19) A. Gramsci, L'Ordine nuovo, a. a. O., S. 154

- 20) G. Sorel, a. a. O., S. 777
- 21) A. Gramsci: Philosophie der Praxis, Frankfurt 1967, S. 80
- 22) G. Mosca: La classe politica, Bari 1966, S. 64 f.
- 23) R. Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957, S. 31 f.
- 24) A. Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, a. a. O., S. 287
- 25) W. I. Lenin: Studienausgabe, Bd. 2, hg. I. Fetscher, Frankfurt 1970, S. 129
- 26) W. I. Lenin: Werke, Bd. 29, Berlin 1970, S. 169
- 27) S. N. Prokopowicz: Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets. Zürich/New York 1944, S. 62 f.
- 28) vgl. die Bemerkungen von I. Deutscher in: Die unvollendete Revolution, a. a. O., S. 30 ff.
- 29) E. H. Carr: The Bolshevik Revolution 1917-1923, Bd. 1, London 1969, S. 188 ff.
- 30) I. Deutscher: Die sowjetischen Gewerkschaften, Frankfurt 1969, S. 58
- 31) I. Deutscher: Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 133
- 32) I. Deutscher: Der bewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 488
- 33) W. Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1965, S. 101 ff.
- 34) A. Gramsci: Socialismo e fascismo, Torino 1966, S. 378 f.
- 35) ebd., S. 384
- 36) W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, Berlin 1970, S. 230 f.
- 37) A. Gramsci: Philosophie der Praxis, a. a. O., S. 83
- 38) ebd., S. 298

ZUM ARTIKEL VON MASSIMO SALVADORI UND ZUR THE-
MATIK VON "IL MANIFESTO" *

I.

Der Artikel "Ursprung und Krise des Rätessystems" von Massimo Salvadori scheint mir ein ziemlich typisches Beispiel zu sein für die theoretische Arbeit, die die Genossen von "il manifesto" gegenwärtig entwickeln. In allgemeiner Hinsicht ist er ein Beispiel für das Engagement, mit dem diese Genossen sich bemühen, der italienischen Linken die großen historischen Probleme der revolutionären Strategie erneut zur Diskussion zu stellen, und mit dem sie die Illusion bekämpfen, man könne diesen irgendwie "entfliehen" oder aber sie doktrinär auflösen, indem man diese oder jene "klassische" Formel aufwärmt. In spezifischerer Hinsicht zeigt der Artikel eines der wesentlichen Merkmale der gegenwärtigen theoretischen Position von "il manifesto", nämlich die Wiederaufnahme der Diskussion um die "Räte" als charakterisierendes Moment einer revolutionären Strategie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Dennoch ist es nicht dieser Aspekt, auf den sich meine Anmerkungen beziehen - auch wenn er vielleicht der zentrale Punkt ist, der in einer Diskussion mit den Genossen von "il manifesto" anzugehen wäre, anzugehen nicht nur in seinen allgemeinen strategischen Implikationen, sondern auch in den durchaus umstrittenen Beziehungen, die diese Genossen herzustellen suchen zwischen dem Erforder-

* Im Folgenden "überschütte" ich den Artikel des Genossen Salvadori mit einer Reihe von Kritiken, die bisweilen ihren Ausgang von einfachen Andeutungen in dem Artikel nehmen. Damit wollte ich nicht "den Absichten des Artikelautors den Prozeß" machen: ich bin von dem Artikel ausgegangen, weil er ein ziemlich typisches Beispiel für die Positionen von "il manifesto" ist, und die Diskussion ist schließlich auch über die durch den "Text" der Schrift von Salvadori "vorgegebenen" Grenzen hinausgegangen.

nis "räteartiger" Instrumente und den weit zweideutigeren Institutionen wie der sogenannten "Delegiertenbewegung", die sich in den italienischen Fabriken entwickelt.

Ich möchte mich stattdessen auf ein theoretisches Merkmal beziehen, das in gleicher Weise den Artikel von Salvadori und die allgemeine theoretische Konzeption der Manifesto-Zeitschrift kennzeichnet: die Tatsache, daß - während die revolutionäre Theorie und Erfahrung von Marx, Lenin, Rosa Luxemburg, Gramsci (und, mit gewissen Einschränkungen, auch von Trotzki) ständig als wirksamer Bezugspunkt in der gegenwärtigen theoretischen Auseinandersetzung erscheint - hingegen jede Bezugnahme auf das Denken Mao-Tse-tungs und jeder Versuch, es wirksam zu benutzen, fehlen.* Ich möchte zeigen, daß dies nicht nur ein genereller Mangel und noch weniger ein schlichter und einfacher "kultureller Mangel" ist, sondern ganz präzise Konsequenzen für die theoretisch-politische Konzeption der Zeitschrift hat: genauer, ich werde mich hier mit den Konsequenzen beschäftigen, die das für die Analyse der Geschichte der Arbeiterbewegung, wie sie von Salvadori entwickelt wurde, hat.

II.

Vor allem müssen wir sehen, welche Konsequenzen ein solcher "Mangel" für ein zentrales historisches Problem hat, das in dem Artikel von Salvadori in Angriff genommen wird: die Niederlage der proletarischen Demokratie in der UdSSR. Eine solche Niederlage wird gleichgesetzt mit der Aushöhlung der Macht der Sowjets, die im Verlauf der Revolution geschaffen wurden. Die allgemeinen historischen Bedingungen, die das ermöglicht hätten, seien gegeben durch das Scheitern der Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Die historisch möglichen Alternativen scheinen sich im wesentlichen auf zwei zu reduzieren: entweder die Ausweitung der Revolution, die durch eine Eingliederung der UdSSR in ein höher ent-

* inzwischen ist u. a. erschienen: R. Rossanda: Der Marxismus von Mao Tse-tung. Berlin 1971, IMD 17

wickeltes Wirtschaftsgebiet mit einer zahlenmäßig stärkeren Arbeiterklasse die Entwicklung der proletarischen Demokratie ermöglicht hätte, oder "der Sozialismus in einem Land" in der Stalinschen Bedeutung des Begriffs. Auf die Frage, ob es auch für ein relativ rückständiges und isoliertes Land möglich wäre, einen kommunistischen Weg einzuschlagen und nicht einen Weg, der sich doch am Ende als ein kapitalistischer entpuppt hat, vermeidet man zu antworten (und praktisch antwortet man darauf a priori negativ). Zweitens vermeidet man, die Frage zu beantworten, ob das "Überleben der Sowjets" die notwendige und hinreichende Bedingung für eine Fortsetzung des Weges, der mit der Oktoberrevolution eingeschlagen wurde, war oder nicht war.

Gerade für die Beantwortung dieser Fragen liefert das Denken Mao-Tse-tungs und die revolutionäre Erfahrung, deren Synthese es darstellt, einige unentbehrliche Bezugspunkte.

In erster Linie stellt es einen Bezugspunkt für die Analyse des Problems der Bauern dar und für deren Rolle im Kampf zwischen kommunistischem Weg und kapitalistischem Weg nach der Machtergreifung. In der UdSSR wurde, insbesondere mit dem Scheitern der Revolution im übrigen Europa, das Bauernproblem unter zwei Gesichtspunkten ausschlaggebend: a) in politischer Hinsicht, weil die Bauern die dominierende gesellschaftliche Kraft des Landes waren, deren Unterstützung für die sowjetische Macht entscheidend war; b) in ökonomischer Hinsicht, weil die Existenz eines ausreichenden landwirtschaftlichen Surplus und die Fähigkeit, ihn in die Städte zu leiten, die unentbehrliche materielle Bedingung war, um, ohne auf belastende bürokratische Kontrollmechanismen zurückzugreifen, ein positives Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem neuen Regime herzustellen.

Konfrontiert mit diesem Problem, hat die KPdSU (B) - je nach dem historischen Augenblick - zwischen zwei Positionen hin- und hergeschwankt: entweder den gesellschaftlichen Kräften und den Kräften des Marktes auf dem Lande freies Spiel zu

lassen (z. B. NEP) und damit die Herausbildung kapitalistischer Elemente auf dem Lande, die ein allgemeines Risiko der Restauration kapitalistischer Kräfte in der gesamten Gesellschaft bildeten, zu erlauben; oder aber auf die Landbevölkerung insgesamt mit Zwang einzuwirken (Kriegskommunismus und vor allem Zwangskollektivierung). In ökonomischer Hinsicht bedeutete das ein Schwanken zwischen dem Vertrauen auf die Kräfte des Marktes und dem Vertrauen auf die Zwangsabgaben für die Belieferung der Städte. In politischer Hinsicht beinhaltete das schließlich ein Schwanken zwischen einerseits dem Verzicht darauf, gegen die Kulaken zu kämpfen, weil man sich nicht mit dem bäuerlichen Kräften überwerfen wollte, und andererseits dem Aufnehmen des Klassenkampfes gegen alle bäuerlichen Kräfte, um die Kulaken zu besiegen.

Das Denken Maos und die chinesische Erfahrung zeigen hingegen die Möglichkeit, die kapitalistischen Kräfte auf dem Lande nicht "von außen" zu bekämpfen, sondern dadurch, daß man sich in der Landbevölkerung selbst auf bäuerliche Schichten stützt, die in ebenfalls antagonistischer Position zu der Konsolidierung oder Formierung einer kapitalistischen, bzw. tendenziell kapitalistischen bäuerlichen Schicht stehen; d. h., es handelt sich darum, eine Klassenanalyse innerhalb der bäuerlichen Welt zu erstellen und die Kräfte, die den kommunistischen Weg unterstützen können, gegen die abzugrenzen, welche tendenziell den kapitalistischen Weg unterstützen. Andernfalls nimmt man implizit das spontane Überwiegen tendenziell kapitalistischer Interessen unter den Bauern als gegeben hin und die Wahl besteht nur darin, sie entweder zu benutzen oder zu unterdrücken. (1)

Aber das führt uns zu dem allgemeineren Problem der Klassenanalyse in der sozialistischen Gesellschaft als Grundlage für die Fortführung - auch nach der Machtergreifung in einem bestimmten Lande - der Politik als Klassenkampf, und zwar nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch und gerade im Innern des Landes, in dem die Macht erobert wurde. Und dies stellt einen der fundamentalen Beiträge des Denkens Mao Tse-

tungs und der chinesischen revolutionären Erfahrung zum Marxismus-Leninismus dar.

Nun, das Fehlen einer Fragestellung dieser Art führt auch zu einer abstrakten Weise, das Problem der proletarischen Demokratie nach der Machtergreifung anzugehen, und zu einer abstrakten Analyse der Kräfte, die zu deren Niederlage in der SU beigetragen haben.

In erster Linie führt dieser Mangel oft paradoxerweise dazu, das Problem der proletarischen Demokratie nach der Machtergreifung in eben jenen "formalen" Begriffen zu sehen, die zurückgewiesen werden, wenn die Sozialdemokraten oder die modernen Revisionisten sie auf die kapitalistische Gesellschaft anwenden: in Begriffen der Institutionen, der Repräsentationsmechanismen, der formalen "Garantien" und Freiheiten. Und das ist gewiß kein besonderes Kennzeichen der Position Salvadoris, sondern es findet sich auch und gerade in den marxistischen Texten, auf die er sich bezieht: in Rosa Luxemburgs Kritik der russischen Revolution und selbst in vielen Texten Lenins über die Sowjetdemokratie. (2)

Dem scheint die Voraussetzung zugrunde zu liegen, daß die "Machtergreifung" nicht nur eine drastische Veränderung der Gewaltverhältnisse zwischen den Klassen zugunsten den proletarischen Klassen sei, sondern eine unmittelbare und vollkommene Umgestaltung der Klassenverhältnisse mit sich bringen würde, derart, daß die Ausübung der "Demokratie tout court" möglich wird, und derart, daß die Mechanismen und Institutionen, welche in der bürgerlichen Gesellschaft der Reflex (und die Mystifikation) von Gewaltverhältnissen zwischen den Klassen waren, konkret und "autosuffizient" werden. Letzten Endes wendet man auf die sozialistische Gesellschaft analytische Kategorien an, die sich von denen unterscheiden, die man auf eine in Klassen gespaltene Gesellschaft anwendet: der Begriff der Diktatur des Proletariats wird schließlich zu einem ideologischen Begriff, der in der Praxis "beiseite geschoben wird", wenn vom Problem der proletarischen Demokratie die

Rede ist. (3)

Gewiß, die Mechanismen und Institutionen, auf die man sich hier bezieht, sind nicht dieselben wie die der bürgerlichen Demokratie. Aber es wird auf diese Weise gerade vermieden, das Grundproblem aufzuwerfen: welche gesellschaftlichen Kräfte drängen in die Richtung einer Entwicklung der proletarischen Demokratie, welche in gegenteilige Richtung.

Gerade solche Mängel einer Klassenanalyse führen - in Stalinscher Position - dazu, in der Praxis das Problem des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft auf den Kampf gegen die "Restbestände" oder die "Agenten" der alten abgesetzten Klassen zu reduzieren (und jeden politischen Gegensatz unter dieses Schema fallen zu lassen). In der trotzkistischen Position und ihren Varianten (wozu, unter diesem Gesichtspunkt, auch der Artikel Salvadoris und viele andere Artikel der Manifesto-Gruppe zu zählen sind) rekurriert man auf eine soziale Schicht, deren Gegenwart und Aktion "alles erklärt": die Bürokratie. In diesen Analysen neigt die Bürokratie jedoch dazu, eine eigenartige Entität zu werden, die nicht den "üblichen" Bestimmungen der "Klassenlogik" entspricht; sie wird eine Art Monstrum, das sich selbst schafft und selbst erhält. Bezeichnenderweise werden die Veränderungen in der sozialistischen Gesellschaft, mit denen sich das wachsende Gewicht dieser Schicht verbindet, auf den vagen moralistischen Begriff der "Degeneration" reduziert und zusammengefaßt (siehe den charakteristischen und zweideutigen Ausdruck "degenerierter Arbeiterstaat", der eine heilige Formel des trotzkistischen Talmudismus geworden ist). Aus welchem sozialen Gebiet, aus welcher Form von Klassenkampf, aus welchem Bereich politischer Alternativen geht die "Bürokratie" in der sozialistischen Gesellschaft hervor und worauf erbaut sie ihre eigene Macht? Welche Klassenbasis ist es, auf die sie sich stützt, auf der sie sich erhält? Diese Fragen bleiben zum guten Teil ohne Antwort. Oder aber es ist eine Antwort ohne Hoffnung: die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes ließen einem unterentwickelten Land keine an-

dere Möglichkeit als daß es "seine Revolution allein gewinnen."

Auch hier bieten das Denken Mao Tse-tungs und die revolutionäre Erfahrung der Chinesen nützliche Hinweise. Nicht nur, weil sie es durch eine korrekte Klassenanalyse der Bauern ermöglichen, auf konkrete Weise, auch nach der Machtergreifung und im Kampf für den Aufbau des Sozialismus, das enorme revolutionäre Energiepotential der bäuerlichen Massen zu nutzen. Sondern auch, weil sie das Problem aus der formalen und lähmenden Alternative, derzufolge die Institutionen der proletarischen Demokratie, die sich im Laufe der revolutionären Krise gebildet haben, entweder überleben oder nicht, entweder funktionieren oder ausgehöhlt werden, herausholen. Das Problem wurde auf seine Klassenursprünge zurückgeführt: diese werden aber ihrerseits nicht in statischer und abstrakter Weise gesehen. Grundlegend ist unter diesem Gesichtspunkt die Konzeption der ununterbrochenen Revolution, die eine Kontinuität des Klassenkampfes vor und nach der Machtergreifung herstellt: der Kampf zwischen revolutionären und konterrevolutionären Kräften durchläuft verschiedene Phasen, in deren Verlauf sich die Zusammensetzung der beiden Klassenlager ändert (d. h. es variiert das "Bündnislager", das sich um die Hauptpole der beiden entgegengesetzten Lager massiert: um den imperialistischen Kapitalismus und das Proletariat). In jedem Augenblick - auch nach der Machtergreifung - muß eine korrekte Aktion der Partei von der genauen Bestimmung der Phase des revolutionären Kampfes ausgehen, in der man sich befindet, und von den Klassenlagern, die ihr entsprechen. (Das impliziert nicht nur eine korrekte Abgrenzung der Lager, d. h. eine Identifizierung des "Hauptwiderspruchs", sondern auch eine differenzierte Sicht der mehr oder weniger akuten "Nebenwidersprüche", die im Innern eines jeden Lagers bestehen.)

Eng verbunden mit dieser Sicht ist die Konzeption des Klassenkampfes nach der Machtergreifung als Kampf zwischen zwei Wegen: dem kommunistischen und dem kapitalistischen Weg. Weg.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Wegen kann manchmal die Form eines inneren Widerspruchs in ein und derselben Klasse und besonders im Proletariat (4) annehmen, die Form eines Gegensatzes zwischen "richtigen Ideen" und "falschen Ideen" in der Klasse. Selbst die Partei ist daher nicht frei von solchen Widersprüchen.

Jede Entscheidung, die über irgendein beliebiges Problem der sozialistischen Gesellschaft gefällt wird (auch die scheinbar "technischen" Entscheidungen) und jede Gesellschaftsstruktur, in der diese Entscheidungen gefällt werden, sind ein Feld der ständigen Wahl und des ständigen Kampfes zwischen zwei Wegen: von den Produktionsaufgaben in einer Fabrik bis zur Lohnpolitik, vom Typ des Unterrichts in der Schule bis zum Funktionieren bestimmter sozialer Dienstleistungen wie der Medizin, bis hin zu den allgemeineren Entscheidungen wie der Entwicklungslinie auf dem Lande, dem Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, und selbstverständlich bis hin zu noch allgemeineren Entscheidungen wie den Positionen, die angesichts verschiedener Aspekte des internationalen Klassenkampfes zu vertreten sind.

"Der Politik den Vorrang geben" (zentrales Kriterium bei der Anwendung des Denkens Mao Tse-tungs auf alle Aspekte des sozialen Lebens) bedeutet gerade, daß man diese "Dialektik zwischen den beiden Wegen", die Grenzen der Wahl, die sie mitsichbringt, erkennen kann, und zwar in allen Problemen, vor die man sich gestellt sieht: in der scheinbar "selbstverständlichsten" und "neutralsten" Entscheidung über scheinbare "Routine"probleme kann sich auf hinterlistige Weise eine Zustimmung und Stärkung kapitalistischer Kriterien des Funktionierens der Gesellschaft verbergen; oder es kann sich der Weg der schöpferischen Entwicklung sozialistischer Kriterien eröffnen, auf Gebieten, in die sie noch nicht ausreichend eingedrungen waren. Es handelt sich also darum, zu kämpfen, damit eine jede dieser Entscheidungen ein Schritt vorwärts zum Kommunismus ist, d. h. die alten und neuen Elemente der Klassenunterdrückung schwächt, die in der Gesellschaft nach der Machter-

greifung bestehen: wenn schon von der "Garantie" der sozialistischen Entwicklung die Rede sein soll, so ist sie dieser Kampf und nicht die Existenz oder Nichtexistenz bestimmter Institutionen, die selbst ein Feld dieses Kampfes sind und deren Bedeutung folglich davon abhängt, welcher Teil die Oberhand im Kampf hat.

Damit ist jedoch das Problem der proletarischen Demokratie einerseits und der Funktion der Partei andererseits nicht beiseitegeräumt oder erschöpft.

Die direkte und wachsende Teilnahme der Massen an diesem Kampf zwischen den beiden Wegen, die Ausdehnung des Kampfes auf immer neue Probleme - so daß alle Probleme des Lebens der Massen und nicht nur die allgemeinen "großen Entscheidungen" immer tiefer erfaßt werden - und die Ausdehnung insbesondere auf die Probleme, die die ökonomistischen und technokratischen Ideologien dem Klassenkampf (und damit der Möglichkeit des Eingriffs der Massen) "entziehen" möchten, sind die notwendige Bedingung (wir könnten auch sagen: sind eine der definitorischen Bedingungen) für das Überwiegen des kommunistischen über den kapitalistischen Weg.

Andererseits (entgegen gewissen "anarchisierenden" Interpretationen der Kulturrevolution) geschieht all dies nicht "spontan", sondern verlangt die Führung durch eine Avantgarde: nur auf diese Weise können die "richtigen Ideen" der Massen mit ausreichender Kraft vorstoßen, sie einengende alte und neue Verkrustungen aufbrechen, die Versuche ihrer Unterdrückung niederschlagen, nur so können sie das treibende Element in der Transformation der Gesellschaft werden. Aber diese Führung kann sich nicht wirksam entwickeln, wenn sie sich auf sprunghafte Interventionen beschränkt, nur stimulierend ist (5), um dann den "Rest" der Spontaneität den Massen zu überlassen. Diese Aktion muß konstant, dicht und organisiert sein: deshalb die unentbehrliche Funktion der Partei.

Aber, wie schon gesagt, die Partei ist nicht "auf wunderbare Weise" dem Kampf zwischen den beiden Wegen enthoben; die Führung und Macht der Partei sind nicht "per definitionem" in der Hand derjenigen, die dem kommunistischen Weg folgen. Und wenn der Klassegegensatz auf das Innere der Partei übergreift, kann sich auch seine Lösung im Innern der Partei nur durch die direkte Intervention der Massen vollziehen, was die einzig wirksame Garantie dafür ist, daß in der Partei selbst der revolutionäre Weg die Oberhand gewinnt. Aufgabe der Linken ist es folglich, daß sie die Initiative der Massen zu entwickeln weiß (und es auch wagt), notfalls bis zum Angriff auf die formalen Führungsstrukturen der Partei; aber sie muß auch Schritt für Schritt diese Initiative in Richtung auf eine Transformation (oder Rekonstruktion) der Partei lenken, damit diese erneut zu einem effektiven Instrument des kommunistischen Weges wird. An der Fähigkeit, diese beiden Phasen der Massenaktion zu realisieren, bemißt sich der tatsächliche Charakter der Avantgarde.

Diese Aspekte tauchen mit besonderer Klarheit im Verlauf der Kulturrevolution auf und ganz besonders in der augenblicklichen (weniger "spektakulären" und deshalb von der revolutionären Linken im Westen vernachlässigten) Phase, die sich gerade als Phase der "Rekonstruktion" der Partei und der anderen Führungsorgane in der Gesellschaft charakterisiert. Es wird genügen, hier einige Aspekte dieser Phase ins Gedächtnis zurückzurufen, die bedeutsam auch deshalb sind, weil sie Beispiele einer wirksameren Antwort der chinesischen Genossen auf Probleme darstellen, an denen sich schon seinerzeit die bolschewistische Führung gemessen hat.

Die "Rekonstruktion" der Partei und ihrer neuen Führungsorgane auf den verschiedenen Ebenen muß sich unter der Mitwirkung der Massen vollziehen, unabhängig von deren formaler Zugehörigkeit zur Partei. Dies - so betonen die chinesischen Genossen - ist keine reine Frage der Organisation, sondern eine politische Frage der Wahl zwischen zwei Wegen.

Die Führer der Parteinstanzen dürfen sich nicht von der Handarbeit lösen. Dies ist kein moralisches Prinzip, sondern hat die präzise Bedeutung, die Schranken der Arbeitsteilung an einem Punkt zu durchbrechen, wo sie besonders hinterlistig sind: der Trennung der politischen Führungsarbeit von "anderen Arbeiten". Damit wird dem Erfordernis, der Partei "neues proletarisches Blut" zuzuführen, auf angemessenerer Weise entsprochen als bei früheren Versuchen, auch in der bolschewistischen Partei: es geht nicht darum, einige Arbeiter in die Führungsorgane zu kooperieren und sie in Funktionäre zu verwandeln, sondern es geht darum, damit zu beginnen, die rigide Trennung zwischen "Arbeitern" (oder "Bauern") und "Funktionären" (6) abzuschaffen.

Die Kritik an den "sechs Punkten" von Liu Shao-chi über die Partei (7), auf die in dieser Phase besonders insistiert wird, faßt ("per negativo", d. h. durch die Identifizierung der größten Gefahren, die zu bekämpfen sind) die Konzeption wirksam zusammen, die hinter der systematischen, konkreten und minuziösen Arbeit der Transformation und Umstrukturierung der Partei, die sich gegenwärtig in China vollzieht, steht.

III.

Wenn die Rede war von dem Gegensatz zwischen "richtigen Ideen" und "falschen Ideen" innerhalb des Proletariats selbst, so wurde damit implizit der zweite Problemkreis berührt, auf den ich, ausgehend von dem Artikel Salvadoris, aufmerksam machen möchte: das Verhältnis zwischen Avantgarde und Masse, der Bildungsprozeß des revolutionären Bewußtseins und die Rolle der Intellektuellen in diesem Prozeß. Auch wenn diese Probleme in dem Artikel in Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung gesehen werden, handelt es sich um eine Analyse, die aktuelle Implikationen hat.

"Das Rätssystem ist besiegt worden aufgrund der Unreife der

Massen", zu diesem Schluß kommt der Artikel Salvadoris. Aber eine Avantgarde, die sich angesichts einer Niederlage aus der Affäre zieht mit den Worten: "es ist Schuld der Massen, die nicht reif sind", verträte eine sehr merkwürdige Position. Das Reifenniveau der Massen ist eine wesentliche (und nicht unveränderbare!) Ausgangsgröße, von der die Aktion einer revolutionären Avantgarde ausgehen muß. Wenn man auf wahrscheinliche Resultate, die den Massen "zu weit voraus sind", abzielt, so ist das nur Zeichen einer falschen Einschätzung von seiten der Avantgarde. Einen Unterschied aufzuzeigen zwischen dem politischen Niveau der Massen und den revolutionären Aufgaben des Augenblicks hat also politischen (und nicht bloß intellektualistischen) Sinn nur, wenn dadurch die konkreten Mittel erkannt und eingesetzt werden, mit denen ein solches Niveau zu verändern ist.

Genau gesagt, tauchen in dem Artikel von Salvadori - sei es auch nur flüchtig - zwei Angaben in dieser Hinsicht auf:

1) "Aufgabe der Kommunisten, heute wie gestern, kann es nur sein, daran zu arbeiten, einen sozialistischen Willen und ein sozialistisches Bewußtsein unter den Massen zu verbreiten." (Hervorhebung von mir) Das ist nichts anderes als der Hinweis auf eine pädagogische Arbeit, die von einer "aufgeklärten Minderheit" zu leisten ist.

2) "(Die Entwicklung der letzten fünfzig Jahre) hat die breiten Massen ihrer Rückständigkeit entrissen. Heute könnten die Arbeiter, Techniker und Intellektuellen in den osteuropäischen Ländern wie in der hochentwickelten kapitalistischen Welt selbständig die Macht ausüben, so, wie sie auf ausführender Ebene den gesamten Mechanismus des gesellschaftlichen Produktionsapparats handhaben." Hier scheint Überwindung der Rückständigkeit der Massen im wesentlichen zu bedeuten: Anhebung des technischen Qualifikationsniveaus; für zentral gehalten wird eine wichtige Bedingung, die aber sekundär ist (insofern sie auf die technische Fähigkeit, gewisse Aufgaben der Machtverwaltung zu beherrschen, nicht aber auf die politische Position der Massen Einfluß nimmt).

Die Möglichkeit, die Räteerfahrung erneut - und dieses Mal mit Erfolg - zur Diskussion zu stellen, scheint somit gebunden zu sein an das Zusammentreffen von weiter fortgeschrittenen (objektiven und subjektiven) technologischen Bedingungen mit der Erziehungs- und Führungsaktion einer aufgeklärten Minderheit.

In diesem Ansatz scheinen sich allgemeinere Grenzen widerzuspiegeln, und zwar in der Art und Weise, das Verhältnis zwischen Avantgarde und Masse, zwischen Erfahrung der Massen und Bildung revolutionärer Theorie aufzufassen - Grenzen, die ein wenig eine ganze Phase des Marxismus-Leninismus (gerade die Phase Lenins und seiner Zeitgenossen) kennzeichnen.

Auch hier liefert das Denken Mao Tse-tungs, gerade auch, weil es die Synthesis einer viel umfassenderen und "alltagsnäheren" Reihe proletarischer Kampferfahrungen ist, sehr fruchtbare Hinweise. Es geht nicht darum, das Bewußtseinsniveau der Massen mit einem "abstrakten Revolutionsmodell" zu konfrontieren, um dann die Angemessenheit bzw. Unangemessenheit des ersten gegenüber dem zweiten zu beurteilen (und eventuell den Unterschied durch eine voluntaristische Aktion einer Minderheit "von außen" zu überbrücken) (8). Die Strategie der Revolution muß in einem gewissen Sinn gerade aus dem realen, konkreten Bewußtseinsniveau der Massen (und aus seinen realen Entwicklungsmöglichkeiten) in einem bestimmten historischen Augenblick abgeleitet werden. Es geht nicht darum, die empirische Realität des Bewußtseins der Massen en bloc, als "Linie", zu übernehmen; es geht darum, ständig eine Analyse dieser zum Teil widersprüchlichen Realität zu erstellen, die die Trennungslinie zwischen "revolutionären Ideen" und "bürgerlichen Ideen" (Produkt langer Jahre bürgerlicher Vorherrschaft in der Gesellschaft und revisionistischer Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung) zieht; es geht darum, die ersteren zu explizieren, zu systematisieren und zu verbreiten, um sie gegenüber den anderen zu stärken. Es geht also darum, zu wissen, daß die Hauptquelle revolutionären Bewußtseins (und selbst der theoretisch-strategischen Ausarbei-

tung) nicht die "Theorie" ist, die "von außen" durch die Arbeit einer intellektuellen Minderheit in die Massen getragen wurde, sondern die gesellschaftliche Erfahrung der Massen, die Widersprüche, in denen sie sich befinden und die Kämpfe, die sie ausgehend von diesen Widersprüchen führen. Nur wenn es ihr wirklich gelingt, die Systematisierung dieser Erfahrung zu sein, ist die Erziehungs- und Führungsaktion der Avantgarde (die unverzichtbar ist und die keine "Spontaneität" ersetzen kann) real und wirksam. Daraus leitet sich, unter anderem, Maos Beharren auf der Untersuchung, nicht als einem "technischen" Hilfsinstrument, sondern als einer permanenten politischen Methode zur Ausarbeitung der Strategie, ab.

Diese allgemeinen Hinweise zum Problem des Verhältnisses von Avantgarde und Massen führen auch zu einem seiner spezifischen Aspekte, nämlich zu der Stellung der Intellektuellen in der revolutionären Bewegung. Die historische Tendenz, das Verhältnis zwischen Avantgarde und Massen als "Einbahnstraße" zu betrachten, kann dazu führen (wenn auch nicht zwangsläufig), die Rolle der Intellektuellen gleichzeitig als hegemonial und als abstrahiert von der konkreten Realität der Kämpfe der Massen zu verstehen. Im Grenzfall wird das "politische Bewußtsein" von außen in die Massen getragen und der "Ausarbeiter" dieses Bewußtseins ist der revolutionäre Intellektuelle. Die Gruppen der revolutionären Linken im Westen nähern sich sehr oft dieser Grenze: denn bei ihnen haben wir es, außer mit einem bestimmten theoretischen Wissen, mit einer vorwiegend bürgerlich-intellektuellen gesellschaftlichen Zusammensetzung und mit einem organisatorisch vorläufigen und beschränkten Kontakt zum Leben und Kampf der Massen zu tun.

In dieser Beziehung möchte ich zwei Momente unterstreichen: - es kann keine ernsthafte theoretische und strategische Ausarbeitung geben ohne einen ständigen und direkten Kontakt mit dem Leben und den Kämpfen der Massen: einen Kontakt, der vor allem auf dem Feld der Praxis, d. h. als Beitrag zu der Organisation ihrer Kämpfe, zustandekommt; der

in zweiter Linie mit den verschiedenen Teilen der Massen in einer bestimmten Situation zustandekommt (und nicht nur mit jenen Teilen, die schon durch einen bestimmten Organisationstyp "infiltriert" sind: z. B. nicht nur mit den Arbeitern besonderer Art, die man am Sitz dieser oder jener sei es "offiziellen", sei es "häretischen" Organisation antreffen kann); einen Kontakt schließlich, der die Dimension einer Untersuchung hat, nämlich offen ist, um alle die Impulse zu sammeln, die aus der Erfahrung und den Ideen der Massen hervorgehen, auch wenn sie nicht mit den theoretischen Hypothesen übereinstimmen, die man sich konstruiert hatte (mit einem Wort, einen Kontakt, durch den man von den Massen lernt und man nicht nur lehrt oder sich einbildet zu lehren).

- das politische Verhältnis, das der Intellektuelle durch bestimmte organisatorische Instrumente mit dem Kampf des Proletariats herstellen kann, erledigt in keiner Weise das Problem seiner Stellung im Klassenkampf; er muß auch auf korrekte Weise das Problem lösen, wie er in der konkreten Stellung, die er innerhalb der Produktionsverhältnisse hat, kämpfen kann.

Wenn es auch abstrakt und begrenzt ist, die Theorie zu vertreten, daß die einzig mögliche politische Aktion für den Intellektuellen ein "Kampf ausgehend von seiner Rolle" (als Lehrer, Forscher, Schriftsteller u. a.) ist, so hat jedoch auch ein Dualismus im Intellektuellen keinen Sinn, der ihn zur Hälfte "zum Revolutionär" macht und zur anderen Hälfte die schlimmsten Kompromisse und die politisch zwiespältigsten Funktionen erfüllen läßt.

Bei beiden Punkten, die ich versucht habe zu unterstreichen, handelt es sich nicht um eine moralische Frage: es geht darum, die idealistische Illusion zu bekämpfen, daß die eigene soziale Herkunft und Stellung und der Typ gesellschaftlicher Erfahrung, den sie bestimmen, keine politischen Spuren hinterließen, nicht, z. B., die "theoretische Ausarbeitung", die

der Linksintellektuelle für sich zu monopolisieren neigt, beeinflussen.

Wenn wir die Praxis der verschiedenen linken Gruppen beobachten, stellen wir fest, daß sie, auf unterschiedliche Weisen, recht wenig den beiden Erfordernissen gerecht wird.

Auf der einen Seite ist da das Risiko, daß sie Intellektuelle sind, die über das mehr oder weniger hohe "Reifeniveau der Massen" oder über die "Aktualität der Räte" theoretisieren, ohne eine tägliche, praktische und direkte Beziehung zu den Kämpfen der Massen selbst zu haben; und daß sie Intellektuelle sind, die an ihrem eigenen Arbeitsplatz ihre Privilegien als Professoren, als Akademiker und als "Beschäftigte der Kulturindustrie" bequem akzeptieren oder geradezu auf reaktionäre Weise verteidigen, indem sie (vielleicht unbewußt) einer Reihe materieller und ideologischer Bedingtheiten unterliegen. Dieses Risiko besteht häufiger bei Gruppen, die ihren Ursprung in der "traditionellen Linken" haben, d. h. in einem Milieu, dessen Integrationsgrad in die Institutionen der gegenwärtigen Gesellschaft seit Jahren hoch war. Es ist dies ein Risiko, dem, gerade, auch "il manifesto" ausgesetzt ist: und das ein Gewicht haben kann, sei es, daß z. B. bestimmte strategische Vorschläge den Charakter von "Bücherweisheiten" annehmen oder sei es, daß man (wenn man solche Begrenzung verhindern will) dahin kommt, die Vermittlungen mit der Realität, die von bestimmten Sektoren der offiziellen Arbeiterbewegung (linke PSIUP, gewerkschaftliche Linke) als "schon bestehende" angeboten werden, zu akzeptieren.

Andererseits ist dieses Risiko in der Praxis der linken Gruppen, die hervorgegangen sind aus der Erfahrung der Studentenbewegung und aus der Erfahrung der politischen Fabrikintervention, wie sie in den sechziger Jahren von einigen kleinen Gruppen (im allgemeinen ausgehend von der Erfahrung der "Quaderni rossi") entwickelt wurde, nur scheinbar überwunden. Gewiß, die Studenten und Intellektuellen dieser Gruppen haben oft einen ziemlich direkten Kontakt mit gewis-

sen Kampfsituationen der Massen; aber gleichwohl ist diese Beziehung ziemlich selten auf die Methode der Untersuchung gestützt, so daß sie am Ende recht wenig aus dieser Erfahrung lernen, und diese viel häufiger dazu dient, die eigenen Ideen auf die Massen zu projizieren, oder dazu, die Ideen letzterer nach der eigenen gefaßten "Linie" umzumodeln. Außerdem wird das Problem der eigenen Klassenlage mit Leichtigkeit beiseitegeschoben (und eine ganze Reihe bequemer Ideologien zu diesem Zweck konstruiert): und so entwickelt sich eine ganze Reihe von Intellektuellen, die nur die "Erfahrung" des Klassenkampfes der anderen haben, mit all dem, was das für die Fähigkeit einschließt, die Organisations- und Kampfprobleme der Massen einzuschätzen; es entwickelt sich eine Generation von "Berufs-Revolutionären" ohne den Grad an Vorbereitung und Organisation, der die traditionellen auszeichnete.

Ausgehend von einer weniger einseitigen Konzeption des Verhältnisses Avantgarde - Masse als die bisherigen, bieten die Lehre Mao Tse-tungs und die revolutionäre Erfahrung der Chinesen nützliche (theoretische und praktische) Hinweise auch zu diesem spezifischen Aspekt. Auch wenn es notwendig ist, die tiefen Unterschiede in der sozialen Physiognomie des "Intellektuellen" der chinesischen Gesellschaft und des einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft gehörig in Rechnung zu stellen (und also muß man dementsprechend die Merkmale von allgemeiner Gültigkeit von denen trennen, die an die spezifisch chinesische Situation gebunden sind), so könnten doch die Schriften und Reden Maos, die er an die Intellektuellen richtete, und die Art, wie dem Problem der Intellektuellen in der Kulturrevolution begegnet wurde, auch für uns "Linksintellektuelle" und "Militante revolutionärer Gruppen" nützliche Ansatzpunkte zu einer Selbstkritik liefern.

ANMERKUNGEN

1) Damit soll durchaus nicht, "mit dem Wissen der Späteren", eine Lösung des Bauernproblems in der UdSSR erfunden werden, noch soll der Weg, der mit der chinesischen Revolution eingeschlagen wurde, als umstandslos anwendbar auch unter den ziemlich unterschiedlichen historischen und sozialen Bedingungen des russischen Landes nach der Revolution hingestellt werden: es soll nur hervorgehoben werden, daß das Denken Maos eine korrektere und fruchtbarere Methode anbietet, um dieses Problem in Angriff zu nehmen. Außerdem sei daran erinnert, daß sich bei Lenin eine Sicht des Problems des Klassenbündnisses mit den Bauern findet, die viel weniger schematisch und viel reicher und komplexer ist als die, die dann in der Praxis der Partei in der NEP-Periode und in der darauffolgenden "Wende" vertreten wurde.

2) siehe dazu gerade die im Artikel Salvadoris zitierten Passagen oder die Zitate in dem Artikel von Lisa Foa "I Soviet e l'Ottobre", "il manifesto", Januar 1970.

3) Dieser Bruch zwischen den beiden Diskussionsebenen hat bewirkt, daß dann, wenn man sich in der Praxis mit den heiklen Problemen der Macht- und Wirtschaftsverwaltung konfrontiert sah, man diese auf eine brutal "realistische" Weise in Angriff nahm und die Problematik der proletarischen Demokratie beiseite schob: die Diktatur des Proletariats, die in den ideologischen Präfigurationen der Revolution oft tendenziell mit der "Demokratie tout court" zusammenfiel, verwandelt sich dann in die schwerwiegendsten und bürokratischsten Formen von Parteiherrschaft. In beiden Fällen geschah dies, weil die Diktatur des Proletariats nicht mit Hilfe einer hinreichend klaren und differenzierten Analyse des Klassenkampfes nach der Machtübernahme konkret bestimmt wird.

4) Der Begriff "Widerspruch" ist näher zu kennzeichnen. Der Gegensatz zwischen kapitalistischem Weg und kommunistischem Weg ist selbstverständlich unheilbar. Aber der Widerspruch in-

nerhalb des Proletariats zwischen den "richtigen Ideen", die auf den kommunistischen Weg führen, und den "falschen Ideen", die auf den kapitalistischen Weg führen, ist kein "struktureller" Widerspruch, dazu bestimmt, die Klasse in ihrem Innern zu zerreißen (wie das hingegen gewissen Zwischenschichten bei zunehmender Entwicklung der Revolution widerfährt). Nur den "kommunistischen Ideen" gelingt es, eine befriedigende Antwort auf die Probleme zu geben, die aus den sozialen Bedingungen des Proletariats entspringen; sie ziehen ihre Kraft demnach aus den Bedingungen des Proletariats selbst, während die "kapitalistischen Ideen" sie aus den Maßnahmen ziehen, mit denen die Klassen, die dem kapitalistischen Wege folgen, eine effektive Kontrolle über die Gesellschaft ausüben und mit denen es ihnen demnach gelingt, bestimmte Werte, Haltungen und Denkweisen ins Bewußtsein des Proletariats eindringen zu lassen (folgendes kann somit von Mal zu Mal die Basis ihrer Kraft sein: vor der Machtergreifung, im vorrevolutionären China, die Herrschaft der feudalen und mit dem Imperialismus verbündeten Klassen; nach der Machtergreifung, die von dieser Herrschaft hinterlassenen Spuren, der, sei es auch sehr begrenzte, Einfluß neuer Schichten, die zum Kapitalismus tendieren, der, sei es auch nur indirekte, Einfluß der kapitalistischen Herrschaft auf große Teile der Welt, oder das politische Gewicht der revisionistischen Gruppen innerhalb der proletarischen Organisationen; - analoge Komponenten lasten in verschiedener "Dosierung" auch auf den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften).

5) Viele westliche Interpretationen der Kulturrevolution, insbesondere gewisse "wohlwollende" Interpretationen fortschrittlich bürgerlicher Herkunft, sehen in Mao eine Art "genialen alten Opa", der von Zeit zu Zeit der Gesellschaft Stöße versetzt, der sie ein bißchen der Anarchie aussetzt und der damit ein wenig mehr Freiheit gegenüber dem umsichgreifenden "bürokratisch-effizientistischen Mechanismus", der überall in der Welt vorzuherrschen begönne, zu garantieren versucht: und die Kulturrevolution wird auf einen dieser Momente "befreiender Anarchie" reduziert. Der konstruktive Aspekt, d. h. die

Tatsache, daß die Gesellschaft nach der Revolution nicht mehr dieselbe ist, daß bestimmte Fermente, die in der Kulturrevolution aufgetaucht sind, "einverleibt" werden müssen in das normale Funktionieren der Gesellschaft, daß demnach - auch wenn es viele "Kulturrevolutionen" geben wird - jede gegenüber der anderen einen Schritt voran im Aufbau einer anderen Gesellschaft ist (andernfalls handelt es sich um eine Niederlage) - all das wird vernachlässigt: und dementsprechend wird gerade die Funktion der Partei vernachlässigt, d. h. die Kulturrevolution wird als tendenzielle Negation der Parteiautorität allgemein dargestellt.

6) In Bezug darauf muß der äußerst praktische und differenzierte Modus betont werden, mit dem man - mittels der Entwicklung unterschiedlicher lokaler Erfahrungen, die man dann vergleicht und resümiert - die besten Modi sucht, um die Bestrebungen in die Praxis umzusetzen.

7) Auslöschung des Klassenkampfes / fügsames Instrument in der Hand der Partei sein / die Massen sind rückständig / in die Partei eintreten, um Funktionär zu werden / innerer Friede in der Partei / die öffentlichen und privaten Interessen vermischen.

8) Diese "voluntaristische" Akzentuierung findet sich selbstverständlich nicht bei Lenin, aber sie ist periodisch aufspürbar in verschiedenen "Vorschlägen" einer "Rekonstruktion der revolutionären Partei", die in verschiedenen historischen Augenblicken von kleinen linken Gruppen gemacht worden sind, und in den Aufgaben, die sie dieser Partei übertragen wollen.

MASSIMO L. SALVADORI

ANTWORT AN RIESER

In der Zeitschrift "Vento dell'Est" hat der Genosse Vittorio Rieser eine Reihe kritischer Anmerkungen gegen meinen Artikel über Ursprung und Krise des Rätessystems gerichtet: sie gestatten es, einige praktische und theoretische Zentralfragen, vor die die Arbeiterbewegung gestellt ist, aufzugreifen. Ich habe nicht die Absicht, "Punkt für Punkt" auf die Einwände und Fragen Riesers zu antworten, vielmehr will ich in einer Weise vorgehen, die über eine Präzisierung hinaus eine substanzielle Entwicklung der Diskussion zuläßt.

1. Rieser geht vor allem von einer methodischen Annahme aus: "ein theoretisches Merkmal", das nicht nur meinem Artikel, sondern der ganzen Zeitschrift "Il Manifesto" eigen sei, bestehe darin, "daß - während die revolutionäre Theorie und Erfahrung von Marx, Lenin, Rosa Luxemburg, Gramsci (und, mit gewissen Einschränkungen, auch Trotzki) ständig als wirksamer Bezugspunkt in der gegenwärtigen theoretischen Auseinandersetzung erscheint - hingegen jede Bezugnahme auf das Denken Mao Tse-tungs fehlt"; all das habe "ganz präzise Konsequenzen für die theoretisch-politische Konzeption der Zeitschrift". Was speziell meinen Artikel betrifft, so bestehe die hauptsächliche Konsequenz in folgendem: weil nicht über das historische Beispiel Chinas Rechenschaft abgelegt werde (d.h. weder 1) über die historisch bewiesene Möglichkeit für ein vorwiegend bäuerliches Land, nicht einer Herrschaft stalinistischen Typs verfallen zu müssen; noch 2) über die Fähigkeit der maoistischen Führungsgruppe, die Realität der "Diktatur" nicht mit der der "Demokratie" in Widerspruch geraten zu lassen, dank einer korrekten Analyse der Dynamik der sozialen Klassen in China und der praktischen Möglichkeiten, die sich daraus in Bezug auf die sozialistische Zielsetzung ableiten; noch 3) über die richtige Bedeutung, die der "Vorläufigkeit" des Sieges des Sozialismus beigemessen werde, als unverzichtbare Basis, um die Probleme antagonistischer gesellschaftlicher

Verhältnisse, der Verhältnisse zwischen "richtigen und falschen Ideen" innerhalb des Proletariats und der mit ihm verbündeten Kräfte und der Verhältnisse zwischen Masse und revolutionärer Avantgarde, auf eine nicht mystifizierte Weise zu lösen, gelangte man zu der Schlußfolgerung, die in Form eines historischen Urteils gefällt wird, daß die Situation nach der Oktoberrevolution, d.h. das Scheitern der Revolution in Europa und die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit der UdSSR, unvermeidlich zur Entstehung eines Systems bürokratischer Herrschaft geführt habe; dies werde zwar im Licht der Werte des Rätesystems verurteilt, aber, angesichts der "Unvermeidlichkeit" für eine gewisse historische Periode, in einer Weise verurteilt, durch die die Bürokratie die Dimension einer "Art Monstrum" annimmt. Ein Monstrum, das man haßt, demgegenüber man jedoch mit politischen Urteilskriterien de facto ohnmächtig ist. Daher der abstrakt ideologische Charakter der Kritik an der Entstehung des bürokratischen Herrschaftsregimes, die auf der Grundlage eines Vergleichs mit den Räten geführt wird.

Rieser beobachtet darüber hinaus, daß in meinem Artikel, wie in der Zeitschrift generell, innere Schwankungen und Widersprüche Substanz annehmen; denn während man die "Wiederaufnahme der Diskussion um die 'Räte' als charakterisierendes Moment einer revolutionären Strategie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern" vorantreibe, "vermeidet man", auf historischer Ebene, "die Frage zu beantworten, ob das 'Überleben der Sowjets' die notwendige und hinreichende (gesperrt von mir) Bedingung für die Fortsetzung des Weges, der mit der Oktoberrevolution eingeschlagen wurde, war oder nicht"; und auf praktischer Ebene laufe man Gefahr, in Ermangelung eines konkreten politischen Engagements, nicht mehr zu sein als "Intellektuelle, die über das mehr oder weniger hohe 'Reifeniveau der Massen' oder über die 'Aktualität der Räte' theoretisieren, ohne eine tägliche praktische und unmittelbare Beziehung zu den Kämpfen der Massen selbst zu haben".

Ich möchte ausgehen von der Präzisierung des wichtigsten politischen Problems: der konkreten Bedeutung, die heute die Wiederaufnahme der Rätediskussion haben kann.

Das wichtigste Element, das heute konkret die Reaktualisierung der Räte bedingt, ist die offensichtlich gewordene Unfähigkeit der kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften, auf nichtbürokratische Weise die Frage der politischen Führung und das Verhältnis zwischen Massen und "Berufspolitikern" zu lösen, eine Unfähigkeit, die gewiß nicht durch einen Fehler der politischen Technik verschuldet ist, sondern vor allem durch die Strategie, die die kommunistischen Parteien der Arbeiterbewegung vorgeschlagen haben.

Das zweite Element ist der theoretische und praktische Bruch mit jenem Herrschaftstyp, der in den bürokratisch beherrschten Ländern besteht, wo die Massen streng vom politischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen und auf Arbeitskraft reduziert werden und über den Partei-, Gewerkschafts- und Staatsapparat mit Zwangsmethoden von denen kontrolliert werden, die tatsächlich die Macht innehaben.

Das Interesse für die Räte entspringt also den dringlichsten Fragen, die die internationale Situation der Arbeiterbewegung stellt. Dieses Interesse - weit davon entfernt, nur doktrinär zu sein - ist ein politisch notwendiges Moment der Kritik an der reformistischen und bürokratischen Konzeption des Staates und der gesellschaftlichen Organisation ganz allgemein und der Implikationen, die sich daraus für das Verhältnis zwischen Partei und Massen ableiten.

Aus dieser praktischen Dringlichkeit rührt das Interesse für jene historischen Erfahrungen, deren Inhalt der konkrete Versuch war, die zentrale Frage des Verhältnisses Avantgarde-Massen nach Kriterien zu lösen, die es sowohl den Massen als auch der Avantgarde (bzw. den Avantgarden) ermöglichen würden, ein höchst-

mögliches politisches Engagement auf einer Klassenbasis zu entwickeln.

Mehr noch: Die Räte und ihre Geschichte sind ein fruchtbares Feld, um auf neuen Grundlagen die Frage des Verhältnisses der Massen nicht nur zu der Avantgarde oder den Avantgarden, sondern, ganz allgemein, zu der oder den sozialistischen Parteien aufzuwerfen.

2. Aber das Verhältnis Masse-Avantgarde-Partei kann - soll es kritisch in Angriff genommen werden - nicht jenseits eines genau umschriebenen Rahmens von Raum und Zeit entwickelt werden.

In seiner im Februar 1942 an der zentralen Parteischule gehaltenen Rede mit dem bezeichnenden Titel "Den Arbeitsstil der Partei verbessern" hat Mao Tse-tung mit großer Genauigkeit einen der wesentlichen methodischen Punkte des marxistischen Antidoktrinarismus aufgezeigt, nämlich die spezifische Bestimmung der theoretischen und praktischen Aufgaben der Revolution. Mao fragt sich: "Was für Theoretiker brauchen wir also? Wir brauchen Theoretiker, die imstande sind, gemäß dem Standpunkt, den Auffassungen und den Methoden des Marxismus-Leninismus die in der Geschichte und während der Revolution entstehenden praktischen Probleme richtig zu erklären, die imstande sind, die verschiedenartigen Fragen der Wirtschaft, der Politik, des Militärwesens und der Kultur Chinas wissenschaftlich zu erklären und theoretisch zu beleuchten. Solche Theoretiker brauchen wir!" (1)

Nun, der Rückgriff auf die Räte hat nicht nur die Bedeutung, auf der Grundlage theoretisch-doktrinärer Schemata einem "revolutionären" Moment den Vorrang gegenüber einem "weniger revolutionären" zu geben; er bedeutet sehr viel mehr, ja eigentlich etwas anderes: es geht darum, daß der Anschluß an jene Konzeption der Revolution hergestellt wird, die in den entscheidenden Augenblicken des Klassenkampfes in den fortgeschrittenen Ländern einerseits in der Initiative der Massen

zum Ausdruck kam und andererseits in den Theoretisierungen Lenins, Rosa Luxemburgs, Gramscis, Korschs, Pannekoeks u.a., die diese Kämpfe lebten und sie von Innen heraus einer realistischen Kritik unterwarfen.

Man wird sich fragen, welchen Sinn es hat, all diese Namen in einem Atemzug zu nennen, wo doch jeder die bisweilen äußerst heftigen Meinungsverschiedenheiten und Polemiken, durch die sie getrennt wurden, kennt. Es geht gewiß nicht darum, eine "Räteideologie" zu fabrizieren, die auf einer Einheit basiert. Das würde nur zur Konfusion beitragen. Gesagt werden soll folgendes: man darf die Differenzen nicht in der Weise überbetonen, daß dadurch die Tatsache in Vergessenheit gerät, daß das gemeinsame Feld, auf dem sich alle bewegen, der Bruch mit der reformistischen Staatskonzeption, sowie das wache Bewußtsein für die reale Bedrohung, die der bürokratische Sozialismus darstellt, und die Erkenntnis ist, daß es nur auf der Rätebasis möglich sein würde, die Tradition der Kommune wiederaufzunehmen und zu neuem Leben zu erwecken. Wenn wir von einer Räte"thematik" sprechen, so genau darum, weil wir die Problematik, die im Innern einer Rätestrategie gestern bestanden hat und heute mehr denn je besteht, nicht leugnen.

Es ist offensichtlich, daß die Reaktualisierung der Räte nicht den Charakter einer Imitation vergangener Erfahrungen haben darf; in diesem Falle verfielen man tatsächlich einem bremsenden und beschränkenden Doktrinarismus, der eine fruchtbare Nutzung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung eher verhinderte. (In dieser Hinsicht scheint mir die Behauptung Riesers, wonach die Zeitschrift "Manifesto" in den Nummern, die seinem Artikel vorausliegen, die chinesische Revolution und den Maoismus im wesentlichen unberücksichtigt gelassen habe, unzutreffend. Die folgenden Nummern haben dann China - und nicht nur, was die Seitenzahl anbetrifft - einen breiten Raum eingeräumt. Meiner Ansicht nach stellt sich aktuell gegenüber China - das heute zweifelsohne den fundamentalen Bezugspunkt der westlichen Linken darstellt - ein methodisches Problem, das

demjenigen der Rätetradition nicht unähnlich ist. Die chinesische Erfahrung stellt zweifelsohne eine wesentliche historische Erfahrung dar, aus der für die Kritik der bürokratischen Herrschaftssysteme und für die Probleme, die sich in der proletarischen Demokratie auftun, lebendige und aktuelle Elemente abzuleiten sind: aber eine fruchtbare Beziehung unsererseits zu dieser Erfahrung vermittelt sich über den Sinn für und die Ausnutzung der historischen und gesellschaftlichen Besonderheit.

Gewiß, wenn anstelle einer kritischen und kreativen Haltung gegenüber der Rätetradition eine Haltung akritischer und passiv nachahmender Wiedererweckung vorherrschen sollte, würde dies in der Tat bei Bücherweisheiten enden. Der Rückgriff auf die Räte kann politisch richtig und konkret revolutionär sein, wenn nicht von der Vergangenheit etwas gefordert wird, was sie von sich aus nicht geben kann, d. h. eine ideell fertige, heilige Geschichte, die nur darauf wartet, empirisch realisiert zu werden. Aber wir dürfen auch nicht aus dem Auge verlieren, wieviel uns an die Vergangenheit bindet; nicht verloren gehen darf das Bewußtsein, daß die Aktualität und der Wert der Räteerfahrung darin besteht, eine Forderung in Praxis übersetzt zu haben, die auch heute noch für uns lebendig ist: den Klassenkampf gegen den Herrschaftsapparat der Minderheiten, die gegen die Mehrheiten der Arbeitermassen organisiert sind.

3. Rieser, der eine kritische Bemerkung aufnimmt, die schon Cialfoni* gegen "Manifesto" gerichtet hatte, schreibt, daß die Rätethematik heute von Intellektuellen aufgegriffen würde, die keine konkrete politische Arbeit unter den Massen geleistet haben; es bestünde deshalb die Gefahr, daß sie "Theoretiker" sind, die keinen Einfluß auf die Realität des Klassenkampfes haben und die in einem Wertsystem leben, das häufig

*) vgl. den in "il manifesto", No. 3/4, 1970 abgedruckten Brief von F. Cialfoni.

nicht mit dem übereinstimmt, auf das sie vielleicht durch ihre eigene soziale und kulturelle Rolle erpicht sind. Ciafaloni bemerkt, daß gewisse Ideen, reduziert auf die Theorie einer kleinen Gruppe, schließlich weder einen praktischen Inhalt, noch die Kraft haben, sich der soliden Realität der kommunistischen Parteien entgegenzustellen; daß, mit einem Wort, die Räte nicht durch die theoretische Vorliebe von ein paar Intellektuellen wieder zum Leben erweckt werden können. Aber das Problem kann in ganz anderer Weise gesehen werden. Jede "Theorie", die nicht eine willkürliche Konstruktion ist, repräsentiert ein Moment der Praxis und ist nicht "irreal" schon deshalb, weil ihr Träger nicht in der Lage ist, genügend soziale Kräfte um sich zu organisieren. Die Diskussion wird deshalb auf die Frage verlagert, ob die Reaktualisierung der Räte, wie jede beliebige "Theorie", geeignet ist (oder nicht), bestimmten Bedürfnissen, die aus der Situation der Arbeiterbewegung entstehen, entgegenzukommen und die politische Organisation des Proletariats zu entwickeln.

Was an der "Reaktualisierung der Räte" als "Ursprungslaster" bemängelt wird, nämlich eine Erfindung von Intellektuellen zu sein, die sich gegenüber den Massen eine pädagogische Mission anmaßen, so muß dazu gesagt werden, daß, wenn gleich es richtig ist, sich beständig die zentrale Stellung der Arbeiterklasse im Klassenkampf zu vergegenwärtigen, nicht vergessen werden darf, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, ihre Widersprüche und die daraus resultierende politische Problematik auch für die Intellektuellen Bedeutung haben; und daß sich von daher für sie praktische Aufgaben stellen, die nicht nur nicht in Widerspruch, sondern geradezu in Einklang mit der zentralen Rolle der Arbeiterklasse stehen. Die Tatsache also, daß die Reaktualisierung der Räte von Intellektuellen vorgebracht wird, macht diese nicht deshalb weniger legitim: der Kampf der Proletarier ist historisch ihr authentischer Ursprung. Und wenn sie darüberhinaus einerseits eine Handlungsanweisung gibt und es ihr andererseits nicht gelingt, diese zu voller Ausführung zu bringen, so ist das auf die Situation zurückzuführen, in der sich die revolutionären Organi-

sationen befinden, auf ihre Grenzen, um deren Überwindung wir uns ja gerade bemühen.

Zusammengefaßt läßt sich sagen: wer auf die Thematik und die Erfahrung der Räte zurückgreift, ist sich der Tatsache bewußt, daß wir heute an einem Punkt des Klassenkampfes angelangt sind, wo es angesichts der drohenden Gefahr einer reformistischen Hegemonie über die Arbeiterbewegung eine der dringlichsten praktischen Aufgaben ist, jenen Instanzen neue Lebenskraft zu verleihen, die ihre Vollendung in den Räten finden, in denen sich das Wesen der proletarischen Kritik an bürgerlichem Staat, Liberalismus, Reformismus und Bürokratismus zusammenfaßt. Niemand gibt sich der Illusion hin, daß sich solche Instanzen bereits durch eine "Reaktualisierung" der Räte in die Praxis umsetzen werden; wir sind uns alle der Tatsache bewußt, daß eine Verwirklichung von Organen, wie die Räte, nur das Ergebnis einer spezifischen Phase des Klassenkampfes sein kann, der eine Reife erreicht, die heute mit Sicherheit noch nicht vorhanden ist.

Aber wer die Reaktualisierung der Räte für einen politisch notwendigen Akt hält, ist sich auch dessen bewußt, daß man nicht eine theoretische und praktische Kritik des Reformismus leisten und einen Kampf um die Macht führen kann, ohne einen entsprechenden Standpunkt zur Frage der für die revolutionäre Aktion spezifischen Instrumente zu haben. Meiner Ansicht nach ist es notwendig, gleichzeitig die Bedeutung und die Grenzen des Rückgriffs auf die Räte zu erkennen. Wie schon Lukaács vor einem halben Jahrhundert schrieb, muß man wissen, "daß zwar die bloße Erkenntnis der konkreten Möglichkeit von Arbeiterräten über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist, eine Perspektive der proletarischen Revolution ist" und "daß der Arbeiterrat deshalb im Proletariate ununterbrochen propagiert, das Proletariat auf diese Aufgabe ununterbrochen vorbereitet werden muß"; andererseits sei es notwendig zu wissen, daß "ihr wirkliches Dasein - wenn es keine Farce sein soll - bereits den ernstesten Kampf um die Staatsmacht, den Bürgerkrieg bedeutet."

(2) Dies darf nicht als Ausdruck theoretischer Propaganda und praktischer Erwartung verstanden werden, sondern als Aus-

druck einer klaren theoretischen Perspektive und eines praktischen Kampfes gegen jede politische Organisationsform des Proletariats, die bis heute im Widerspruch steht zum Ziel der Räte und den Kriterien proletarischer Demokratie.

4. Rieser meint daraus den Schluß ziehen zu müssen, daß "die Möglichkeit, die Räteerfahrung erneut - und dieses Mal mit Erfolg - zur Diskussion zu stellen, somit gebunden zu sein scheint an das Zusammentreffen von weiter fortgeschrittenen (subjektiven und objektiven) technologischen Bedingungen mit der Erziehungs- und Führungsaktion einer aufgeklärten Minderheit"; darin würde sich die Mentalität der "alten Kommunisten" spiegeln, d. h. "allgemeinere Grenzen der Art und Weise, das Verhältnis zwischen Avantgarde und Massen, zwischen Erfahrung der Massen und der Bildung revolutionärer Theorie aufzufassen - Grenzen, die ein wenig eine ganze Phase des Marxismus-Leninismus (gerade die Phase Lenins und seiner Zeitgenossen) kennzeichnen." Einer solchen "pädagogischen" Methode stellt Rieser die Notwendigkeit entgegen, daß "die Strategie der Revolution in einem gewissen Sinn gerade aus dem realen konkreten Bewußtseinsniveau der Massen selbst (und aus seinen realen Entwicklungsmöglichkeiten) in einem bestimmten historischen Augenblick abgeleitet werden" muß.

Diejenigen, die heute die Räteerfahrung "reaktualisieren", halten sich jedoch keineswegs für Aufgeklärte; sie bestehen auf der Rätethematik und diskutieren ihre Begriffe infolge von Problemen, die der politischen Realität unserer Zeit entspringen und nicht "spekulativen" und "philosophischen" Reflexionen über das Wesen der Demokratie. Der Rückgriff auf die Räte ist eine politische Notwendigkeit. Sie stellen ein Instrument dar - das bisher fortgeschrittenste -, dessen wesentlicher Inhalt darin bestand, das äußerliche und tendenziell bürokratische Verhältnis zwischen Avantgarde und Massen real zu überwinden; ein Instrument, das geeignet ist, jenes große Problem zu lösen, das Rieser in der Notwendigkeit andeutet, "das reale, konkrete Be-

wußtseinsniveau der Massen" zu ermitteln und daraus "in einer nicht leichtfertigen, äußerlichen und zwiespältigen Weise die revolutionäre Strategie abzuleiten". Aber der Rat hat auch die Grundlage gelegt für die notwendige Konfrontation zwischen "richtigen" und "falschen Ideen", so daß es für die Avantgarde möglich wird, sich an die Spitze der Massen zu stellen und nicht an deren Ende, so daß es ihr möglich wird, das Problem einer politischen Führung zu lösen, die nicht die Ausführung eines "externen Projekts" ist, sondern die Beauftragung mit einer Aufgabe, die nach der notwendigen Konfrontation und Kritik ihrer Motivationen von den Massen ihre Zustimmung erhalten hat. Insofern der Vorschlag der Räte die Wiederaufnahme einer historisch-ideologischen Thematik in die Triebkräfte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen bedeutet, ist er eine unmittelbar praktische Tatsache. Es wird niemand eine Theorie anvertraut, damit er sie in die Praxis umsetze; es wird in antireformistischer und antibürokratischer Absicht die Aufmerksamkeit auf einige zentrale Momente des internationalen Klassenkampfes gelenkt und versucht, zugleich deren Grenzen und deren Bedeutung zu erkennen.

5. Rieser stellt der Methode, gemäß der das Bewußtsein "von außen in die Massen hineingetragen wird", und zwar durch die Initiative des revolutionären Intellektuellen, der es "ausarbeitet", eine andere Methode entgegen; und er betont: "es kann keine ernsthafte theoretische und strategische Ausarbeitung geben ohne einen ständigen und direkten Kontakt mit dem Leben und den Kämpfen der Massen", ein Kontakt, der drei wesentliche Kennzeichen aufweisen muß: 1. er muß auf dem Feld der Praxis zustandekommen, d. h. den Charakter eines "Beitrages zu der Organisation der Kämpfe der Massen" haben; 2. er muß mit den "verschiedenen Teilen der Massen" zustandekommen, d. h. mit den Massen, so wie sie sind, und nicht mit einigen begrenzten Sektoren, die schon im erwünschten Sinn politisiert sind; 3. er muß "die Dimension einer Untersuchung" haben, d. h. ermöglichen, den Grad an realer Erfahrung der Massen, ihre Ideen und ihre Bestrebungen zu erkennen.

Man kann dem nur voll und ganz zustimmen, so zustimmen, daß nur noch etwas hinzuzufügen ist. Ausgezeichnet die methodischen Ausführungen. Aber jedes methodische Element muß sich in ein organisatorisches Instrument umsetzen. Wenn wir uns also fragen, welche Bedeutung die Räteinstitutionen gewinnen können, so stellen wir fest, daß sie im Kern die Lösung aller methodischen Probleme verkörpert haben, die von Rieser aufgezeigt wurden, die fortschrittlichste Lösung, die die Arbeiterbewegung bisher gekannt hat, um der politischen Partizipation der Massen einen revolutionären Inhalt zu geben. Die Räte erfaßten die Klasse als solche, und nicht nur die Avantgarde; und deshalb brachten sie das wirkliche, und kein "verschönertes", Bewußtsein zum Ausdruck. Sie stellten sich den verschiedenen politisch organisierten Komponenten entgegen und ermöglichten eine nicht doktrinäre und von außen oktroyierte, sondern in unmittelbarem Kontakt mit den Massen zustandekommende Konfrontation, wobei die Massen im Lichte ihrer unmittelbaren Erfahrungen und Bedürfnisse die jeweiligen Positionen kontrollieren, kritisieren und überwinden konnten. Ohne Bürokraten-Privilegien und -Monopole ermöglichten sie es den Revolutionären, eine direkte Beziehung zu den Arbeitern herzustellen und die "Hierarchien" zu legitimieren. Der Rückgriff auf diese Erfahrung hat die präzise Bedeutung, ein Beispiel für die korrekte Lösung einer Reihe von Problemen, die durch den Stalinismus und Reformismus abgeschnitten und entstellt worden waren, kritisch zu aktualisieren und daraus Anregungen für eine sofortige Lösung des Problems der politischen Organisation in einer ganz bestimmten Richtung zu gewinnen.

6. Rieser glaubt, in der Position Rosa Luxemburgs und "selbst in vielen Texten Lenins über die Sowjetdemokratie", die von mir herangezogen wurden, eine "formale" Konzeption der proletarischen Demokratie entdecken zu können. Es ist hier nützlich, auf den Text zurückzugreifen: Rieser besteht auf der Notwendigkeit, in angemessener Weise das "Problem der Klassenanalyse in der sozialistischen Gesellschaft" in Angriff zu nehmen, "als Grundlage für die Fortführung - auch nach der

Machtergreifung in einem bestimmten Land - der Politik als Klassenkampf, und zwar nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch und gerade im Innern des Landes, in dem die Macht erobert wurde". Und Rieser unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Lehre Mao Tse-tungs und der chinesischen Erfahrung - "das Fehlen einer Fragestellung dieser Art führt auch zu einer abstrakten Weise, das Problem der proletarischen Demokratie nach der Machtergreifung anzugehen, und zu einer abstrakten Analyse der Kräfte, die zu ihrer Niederlage in der SU beigetragen haben. In erster Linie führt dieser Mangel oft paradoxerweise dazu, das Problem der proletarischen Demokratie nach der Machtergreifung in eben jenen 'formalen' Begriffen zu sehen, die zurückgewiesen werden, wenn die Sozialdemokraten oder die modernen Revisio-nisten sie auf die kapitalistische Gesellschaft anwenden: in Begriffen der Institutionen, der Repräsentationsmechanismen, der 'formalen Garantien und Freiheiten'. Infolge einer solchen Problemstellung wird "der Begriff der Diktatur des Proletariats schließlich zu einem ideologischen Begriff, der in der Praxis 'beiseite geschoben wird', wenn vom Problem der proletarischen Demokratie die Rede ist". Das Grundproblem - sagt Rieser - stellt sich deshalb so: "welche gesellschaftlichen Kräfte drängen in die Richtung einer Entwicklung der proletarischen Demokratie, welche in die gegenteilige Richtung?" Und das ist genau die Frage, die - seiner Ansicht nach - diejenigen nicht stellen, die dazu neigen, die Räte-demokratie in formaler Weise zu betrachten.

Ich glaube, daß Rieser, während er davor warnt, nicht dem Formalismus zu verfallen, ihm selber verfällt. Er hält es offensichtlich für möglich, daß auf dem Gebiet der Rätefreiheit eine Unterscheidung zwischen Form und Substanz gemacht werden könne. Denn er sagt: laßt uns auf dem Gebiet des Sozialismus nicht einen Mechanismus formaler Freiheiten reproduzieren, die dann keinen realen Inhalt haben, so wie es für die bürgerliche Demokratie gilt. Aber er scheint sich nicht klar darüber zu sein, daß die "Mechanismen" der Sowjetdemokratie kein "formaler" Ausdruck der Kritik an den

bürgerlichen Freiheiten sind; daß sie etwas sehr viel substanzielleres sind, nämlich der spezifische Inhalt der Kritik an der Ideologie der bürgerlichen Freiheit als allgemeiner Freiheit und der praktische Ausdruck der Kritik an der Klassenherrschaft über das Proletariat, was immer auch ihr politischer Ausdruck sei: Zaristischer Despotismus oder bürgerliche Freiheit, die auf sozialer Ungleichheit bei formal-juristischer Gleichheit basiert. Die formalen Freiheiten des Rätessystems sind die notwendige Voraussetzung für die politische Initiative der Massen und decken sich mit der inhaltlichen Ausübung der Machtkontrolle.

Was wird aus einem Regime, das sich auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel gründet, wenn, durch eine Reihe von historischen Bedingungen, das Rätessystem verkümmert (denn die Mumie, die in der UdSSR von den Dienern und Inhabern der Macht im Museum aufbewahrt wird, verdient nicht mehr diesen Namen)? Es wird ein Regime, in dem das Band zwischen Masse und Avantgarde zerreißt und in dem die Avantgarde eine neue herrschende Klasse wird - im spezifischen Fall die Bürokratie -, die keineswegs ein "Monstrum" ist, d. h. eine Unbekannte, deren soziale Wurzel unbekannt bleibt, sondern eine herrschende Klasse neuen Typs.

7. Einige Bemerkungen zu diesem Punkt. Es sei Rieser zugegeben, daß die Gefahr besteht, die Bürokratie für jene Unbekannte zu halten, von der ich oben sprach, aber nur in Bezug auf jenen "zweideutigen Ausdruck 'degenerierter Arbeiterstaat', der zu einer heiligen Formel des trotzkistischen Talmudismus geworden ist", denn er erweckt Mißverständnisse über die Realität eines bürokratischen Herrschaftssystems, in dem keine wesentliche Spur eines Arbeiterstaates erhalten geblieben ist. Die Formel "degenerierter Arbeiterstaat" entsprach einer bestimmten Phase des inneren Kampfes gegen das, was die sowjetische Führungsgruppe noch vor Stalins Sieg darstellte. Und es war die Formel, in der die Trotzkisten die "Abweichung" zusammenfaßten, die ein Staat erlitten hatte, in dem

große Strukturveränderungen durchgeführt und aufrechterhalten worden waren, Strukturveränderungen, die die auf Privateigentum begründete Herrschaft endgültig beseitigt hatten, ein Staat, in dem jedoch die politische Macht von den Stalinisten "usurpiert" worden war. Diese Analyse, wird sie nach einem halben Jahrhundert wieder aufgenommen, ist nicht geeignet, zum Verständnis der Realität eines Landes beizutragen, in dem meiner Ansicht nach die "Usurpatoren" wahrhaftig eine herrschende Klasse geworden sind, in einem Staat, der deshalb auch nicht mehr als ein - sei es auch "degenerierter" - Arbeiterstaat bezeichnet werden kann.

Aber die Bürokratie und ihr soziales Regime sind kein X, mit dem die Einheit einer Gleichung zu quadrieren ist. Die Möglichkeit einer Transformation der proletarischen Revolution in eine Diktatur der Bürokratie - übergehen wir im Augenblick, auf der Grundlage welcher Bedingungen - war übrigens zuerst von Trotzki "vorausgesehen" worden, der bekanntlich nach einem Weg voller Windungen und Widersprüche beim Kampf gegen die Bürokratie anlangte (es sei hier nur an einige von ihm vertretene Positionen erinnert, gegen die auch Lenin kämpfte und die es Stalin später ermöglichten, ihn, Trotzki, den einstigen "Patriarchen der Bürokraten", als einen zu spät bereuenden Sünder hinzustellen). Als Trotzki sich jedoch an die Spitze des Kampfes gegen Stalin stellte und die Grundlagen für seine Analyse der Bürokratie und ihrer Rolle legte, schuf er damit eine ganz spezifische Basis für eine theoretische Problematik, deren Gegenstand die Folgen der politischen und theoretischen Machtkonzentration in den Händen einer Bürokratie war, die auf der Basis der Verstaatlichung der Produktionsmittel agierte und die doch mit Sicherheit nicht mit ihr zusammen entstanden war. In diesem Sinne war Trotzki's Analyse weder "zweideutig" noch "konstruiert".

Zu ähnlichen Voraussagen und Analysen wie Trotzki kamen Soziologen und Politiker, einerseits vom Typ Moscas, Paretos, Webers und andererseits Gramsci (und der Togliatti einiger Artikel in "Ordine Nuovo"), Rosa Luxemburg, Korsch, etc. Das

ist wohl kaum etwas Zweideutiges oder Konstruiertes ad usum der eigenen wechsellvollen politischen Laufbahn. Was war in-
dessen das Gemeinsame der Analysen jener Kommunisten, die
noch vor Trotzki die Bedrohung des revolutionären Prozes-
ses von Seiten einer sich gegen die Räte richtenden bürokrati-
schen Involution erkannten? Zurückgreifend auf den Kern der
marxistischen Revolutionskonzeption legten sie sich Rechenschaft
darüber ab, daß der Sozialismus in seinem Wesen erst dann ga-
rantiert sei, wenn die Massen die Fähigkeit zur Selbstregierung
erworben hätten; ohne diese substanzielle "Garantie" würde das
Rätesystem unvermeidlich verkümmern und aufs neue der Beherr-
schung durch eine Minderheit Platz machen. In der Diktatur
des Proletariats selbst würde sich eine Veränderung der gesell-
schaftlichen Grundlagen der Macht vollziehen, durch die die
Macht in die Hände der Organisationskader des Produktions-,
Partei- und Staatsapparats gelangen würde. Der revolutionäre
"Block" würde gesprengt und auf der Grundlage der tatsächli-
chen Überlegenheit, über die im Rahmen der gesellschaftlichen
Arbeitsteilung diejenigen verfügen, die auf verschiedene Weise
in die Kategorie der "Verwalter" zurückkehren können, würden
letztere auf immer direktere, immer weniger kontrollierbare und
immer stärker autoritäre Weise die Macht über die Masse der
Arbeiter und Bauern ausüben. Aber ist es nicht ein wesentli-
ches Kennzeichen jeder sozialen Minderheitsherrschaft, im Sin-
ne der eigenen Ziele und im Sinne der Aufrechterhaltung die-
ser Ziele im Laufe der Zeit zu handeln? Darin ist nichts Irrra-
tionales zu sehen; die Geschichte der Klassenkämpfe ist ein
Beweis dafür (es gäbe keinen Klassenkampf, ohne das Ziel der
Selbsterhaltung auf Seiten der herrschenden Klassen).

Die Bemerkungen Riesers lassen es zu, in Verbindung mit dem
Bürokratieproblem die Frage nach dem Verhältnis zu Trotzki zu
stellen. Was mich selbst betrifft, so glaube ich - ohne deswe-
gen dem Trotzkiismus zu verfallen -, daß es schlicht und ein-
fach darum geht, Trotzki's Rolle als großer Revolutionär anzu-
erkennen, und zwar nicht nur in dem Augenblick, als er zu-
sammen mit Lenin die Oktoberrevolution leitete und die Rote
Armee aufbaute, sondern auch, als er sich - nach einem wi-

derspruchsvollen und gewundenen Verhalten, das ich bereits zugegeben habe - an die Spitze des Kampfes gegen den Stalinismus stellte und die Grundlage für eine fruchtbare Analyse des Regimes bürokratischer Herrschaft legte. Die Einstellung zu Trotzki darf sich in keiner Weise von der Einstellung unterscheiden, die gegenüber den anderen Repräsentanten der revolutionären Tradition der internationalen Arbeiterbewegung eingenommen wird, die an deren Kampf wesentlichen Anteil gehabt haben. Die wahre theoretische und praktische "Kohärenz" liegt immer in der Gegenwart und gilt für die Aufgaben, die diese stellt; einzig diese Kohärenz gestattet eine gerechte Beziehung zur Vergangenheit und zu denen, die in ihr gewirkt haben. In diesem Sinne ist die Tendenz, alles unter die Rubrik Trotzismus zu reduzieren, wie bei aller Scholastik, ein Geschäft, das mit dogmatischer Starre und politischer Sterilität bezahlt wird, denn es bedeutet, daß die Problematik und die neuen Elemente der Gegenwart in den Dienst abgeschlossener Fakten und theoretischer Lösungen der Vergangenheit gestellt werden. Gleichzeitig darf jedoch in keiner Weise der Behauptung einer kontinuierlichen Linie von Marx und Engels über Lenin zu Stalin nachgegeben werden - wann und unter welchem Aspekt sie auch immer formuliert wird; ein solches Nachgeben hätte Konsequenzen, die in keiner Weise dazu beitragen, die aktuellen politischen Aufgaben in Angriff zu nehmen. Gegenüber Trotzki, wie gegenüber Mao, Lenin, Rosa Luxemburg, Korsch, Gramsci oder Bordiga etc. ist es oberstes Gebot, das Denken und den Sinn der historischen Aktion korrekt zu erfassen und dann - um es mit einfachen Worten zu sagen - das zu verwenden, was zu verwenden ist, und das aufzugeben, was aufzugeben ist. Der Maßstab für das, was zu verwenden und was aufzugeben ist, resultiert aus jener Kohärenz in der Gegenwart, von der ich gesprochen habe.

8. Demokratie und Diktatur im proletarischen Regime. Wer - wie Rieser - behauptet, daß das Beharren auf dem "formalen" Charakter der proletarischen Demokratie dazu führt, die konkrete Frage der Diktatur beiseitezuschieben, dem kann, glaube ich, heute kaum mit anderen Worten geantwortet werden,

als denen Rosa Luxemburgs. Mit einer Beobachtung, nämlich daß die darauffolgende Geschichte des Sozialismus vollauf bestätigt hat, was die Luxemburg vorausgesagt hatte. Die Diktatur des Proletariats kann nur durch die proletarische Demokratie ausgeübt werden. Die Diktatur des Proletariats funktioniert als solche nur, wenn sich der Umsturz der alten Gesellschaft vermittelt der gleichzeitigen Schaffung von Institutionen vollzieht, die den gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen entsprechen und in denen sich die Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie durch das Handeln der Massen und nicht durch ihre professionellen Wortführer, d. h. durch das Rätssystem und nicht durch die Parteidiktatur, vollzieht. Diktatur des Proletariats ist Ausübung der Rätemacht in einer Weise, die die Durchführung jener ökonomischen, sozialen, politischen, erzieherischen etc. Maßnahmen ermöglicht, die notwendig sind: um 1. das gesellschaftliche Leben nach dem allgemeinen Gesichtspunkt des Proletariats umzustrukturieren; um 2. zu verhindern, daß ein Teil der Gesellschaft eine unabhängige Macht gewinnt; um 3. infolgedessen auf die einzig mögliche Weise die Grundlage für die Vereinigung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu legen.

Diktatur des Proletariats ist demnach alles, was die alte Ordnung zerstört, ohne zu einer neuen Minderheitsordnung zu führen. Wenn die Überwindung der bürgerlichen Herrschaft zu einer Diktatur führt, die - mag sie auch noch so "fortschrittlich" sein - erneut auf einem politischen Entscheidungsmonopol und dem Ausschluß der Massen von der Möglichkeit realer politischer Initiative basiert, so können wir mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß wir es nicht mit einem System proletarischer Demokratie zu tun haben. Diese ist nicht nur eine "Substanz", sondern sie muß sich in Institutionen, Verhaltensweisen, in Formen politischer Partizipation äußern, die sichtbar, erkennbar und deshalb einem historischen und politischen Urteil unterwerfbar sind.

Die proletarische Demokratie ist deshalb der spezifische Inhalt der Diktatur des Proletariats

und umgekehrt. Damit sollen zwei Dinge betont werden. Erstens, daß die Substanz der proletarischen Demokratie ihr Funktionieren ist und daß daher jede Gegenüberstellung von formalen und nichtformalen Garantien eine "formalistische" Problemstellung ist; und daß zweitens die Loslösung der Diktatur von der Demokratie, in welcher Form auch immer, nicht bedeutet, die Substanz unter Aufopferung der Form zu retten, sondern der Diktatur einen anderen sozialen Inhalt zu geben. Wenn die Diktatur des Proletariats in der Form der proletarischen Demokratie sich als unrealistisch erweisen sollte, so würde das den ausschließlich ideologischen Charakter des Sozialismus und seine praktische Unverwirklichbarkeit beinhalten. Der Sozialismus wäre zentral getroffen, denn er hat nur ein Moment der Wahrheit: nicht die ökonomische Entwicklung, nicht der Überfluß an Gütern, sondern die tendenzielle Beendigung der Aufteilung der Menschen in Herrschende und Beherrschte und die Abschaffung der gesellschaftlichen Folgen dieser Teilung. An diesem Punkt, glaube ich, kann ich die Frage Riesers beantworten, ob das Überleben der Sowjets die "notwendige und hinreichende Bedingung" gewesen wäre, "um den durch die Oktoberrevolution eingeschlagenen Weg fortzusetzen". Und die Antwort ist, wie mir scheint, daß ohne die Sowjets der durch die Revolution eingeschlagene Weg zwangsläufig verändert werden mußte. Aber wenn die Sowjets notwendig waren, - waren sie auch "hinreichend"? In diesem Punkt, scheint mir, muß äußerste Klarheit geschaffen werden. Ohne Sowjets oder Organe, die eine entsprechende Funktion der Organisation der Massen auf der Basis der Klasse und nach Kriterien sozialistischer Demokratie erfüllt hätten, konnte in keiner Weise das Problem des Verhältnisses zur Partei und den Führungsorganen des Staates und der Gesellschaft ganz allgemein korrekt gelöst werden, noch wäre es - auf einer früheren Stufe - möglich gewesen, eine Revolution durchzuführen, die nicht nur vom Proletariat, sondern auch für das Proletariat gemacht worden wäre. In diesem Sinne sind und waren die Sowjets eine "notwendige" Voraussetzung. Aber es ist gleichfalls sicher, daß die Sowjets an sich, ohne jenen politischen, sozialen und ideologischen Inhalt, der sie revo-

lutionär macht und gemacht hat, nicht "hinreichend" sind. Die Garantie des Rätessystems ist und war immer nur das Niveau des Klassenkampfes, das im Innern der Räte seinen Ausdruck findet. Dies bedeutet, daß die Räte das Instrument sind, das am meisten geeignet ist, einerseits das Bewußtsein der Massen zu "registrieren" und andererseits der Partei und den revolutionären Avantgarden die Möglichkeit zu geben, zu kämpfen, um die Massen in ihrer Gesamtheit auf eine höhere Stufe des Klassenkampfes zu bringen. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Statuten des Sowjetsystems jemals etwas anderes waren als Statuten! Ohne revolutionären Inhalt, ohne eine revolutionäre Mehrheit und ohne eine revolutionäre Linie neigen die Räte unvermeidlich dazu, eine Form proletarischen Parlamentarismus zu werden, mit anderen Worten, konservativen Wein in das proletarische Faß zu füllen. Sie werden eine Art Theorie der Partizipation des Volkes an den bürgerlichen Institutionen. Kautskys "Rätekonzept", Turatis und Treves Arbeiterräte etc. sind von dieser Art. Und wenn die KPI heute von Räten spricht, konzipiert sie sie in diesem Sinne. Schlußfolgerung: Die Entwicklung der Räte fällt mit der Entwicklung der Revolution zusammen.

Räte sind "notwendig", aber sie können nicht-hinreichend sein; eine revolutionäre Linie jedoch, die nicht durch Institutionen proletarischer Demokratie hindurchführt und die es nicht fertig bringt, die Linie der Mehrheit des Proletariats zu werden, ist niemals hinreichend, um eine sozialistische Revolution zu machen, und noch weniger, einen Staat nach sozialistischen Kriterien funktionsfähig zu halten. Es ist kein Zufall, daß sowohl die Bürokraten als auch die Verteidiger der Parteidiktatur die Theorie vertreten, daß das, was in der Diktatur "des Proletariats" zählt, die "Substanz" und nicht die "Form" sei, d. h. der sogenannte "soziale" Inhalt und nicht die "Demokratie". Das ist eine Auffassung, die immer und in jedem Fall zurückgewiesen werden muß. Es kann deshalb ein nicht-revolutionäres Rätessystem geben (wie vor allem die russische Revolution lehrt); aber es kann nicht nur keine proletarische Revolution und keine proletarischen Regimes ohne Räte

geben, sondern auch keine ohne Räte, die die reale Souveränität ausüben. Das reale Moment der Synthese von Inhalt und Form in der proletarischen Demokratie ist die konkrete Wirksamkeit des Rätessystems, das Zusammenwirken der Institutionen und der unverzichtbaren ideologischen und sozialen Inhalte. Lenin hat gelehrt, daß die Sowjets ohne bolschewistische Mehrheit versöhnenden Charakter hatten und daß sie deshalb für den revolutionären Sozialismus politisch erobert werden mußten; dies bedeutete umgekehrt, daß der Bolschewismus die Massen in den Sowjets erobern mußte, daß er sie durch die Sowjets hindurchführen mußte. Und als Lenin nach der Machtergreifung erkannte, daß zwischen den beiden Aspekten ein Widerspruch heranreifte, brachte er mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß die Entwicklung der Revolution an den Kampf gegen die Bürokratisierung und für die Wiederbelebung der Sowjets gebunden sei.

9. Schließlich stellte ich in meinem Artikel die Frage nach den Gründen für die Niederlage der proletarischen Demokratie in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern in der Periode, die dem Sieg der Oktoberrevolution folgte, und behauptete, daß "das Rätessystem besiegt" worden sei "aufgrund der Unreife der Massen". Rieser kommentiert dies so: "Aber eine Avantgarde, die sich angesichts einer Niederlage aus der Affäre zieht mit den Worten: 'es ist Schuld der Massen, die nicht reif sind', verträte eine sehr merkwürdige Position. Das Reifenniveau ist eine wesentliche (und nicht unveränderbare!) Ausgangsgröße, von der die Aktion einer revolutionären Avantgarde ausgehen muß. Wenn man auf wahrscheinliche Resultate, die den Massen 'zu weit voraus sind', abzielt, so ist das nur Zeichen einer falschen Einschätzung von seiten der Avantgarde".

Um das Problem richtig zu stellen, ist zu klären, was man unter "Massen" versteht und was insbesondere die Massen unter den russischen und osteuropäischen Bedingungen nach Oktober 1917 waren.

Zu der von Rieser zitierten Schlußfolgerung bin ich gelangt, weil ich von der Konzeption der sozialistischen Revolution als einer demokratisch-proletarischen Revolution ausgegangen bin, d. h. als einer Revolution, die nicht nur von den Massen gemacht wird, sondern in der diese nicht länger Manövriermasse in den Händen einer Minderheitsgruppe sind, sondern führende Klasse des Staates selber werden. Nun, die historische Realität der Revolution und Konterrevolution der 20iger Jahre beruht auf zwei Fakten: erstens auf der Tatsache, daß die Oktoberrevolution, die im Zeichen der Bestrebung des Proletariats, unmittelbar den Staat zu regieren, entstanden war und anfangs herangewachsen war in dem Versuch, das Rätssystem zu verwirklichen, sich in einem Regierungsapparat "verfestigt" hat, der die totale Negation des Sowjetsystems ist und der die Diktatur der Spitze des Partei- und Staatsapparats, d. h. oberen Bürokratie, offiziell bekräftigt hat. Dies geschah infolge einer Gewichtsverlagerung und eines Umschlages der Machtbeziehungen innerhalb des Blockes Arbeiterklasse-Bauern-Bürokratie. Und dieser Umschlag ist nicht das Ergebnis einer "Verschlagenheit", eines gut vorbereiteten Handstreiches, sondern im wesentlichen eines gesellschaftlichen Prozesses von weittragender Bedeutung, der sich in folgende Momente gliedert: 1. den Zerfall des Produktionsapparates infolge des Weltkrieges, des Bürgerkrieges und der Isolierung des Landes; 2. die Dezimierung und Zerstreuung jenes fortgeschrittenen Proletariats, das in dem revolutionären Prozeß, der im Oktober seinen Höhepunkt erreicht hatte, aktiv gewesen war, und das die Grundlage der Räte dargestellt hatte; 3. das zunehmende Gewicht der Bauern, die - mit demokratisch-bürgerlichen Zielen in die Revolution eingetreten - in der Realität des neuen Regimes nur eine Aufgabe zu erfüllen hatten: die Industriestädte ohne Ausgleich mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen; dies aber bedeutete: Zwangsarbeit; 4. das erneute Entstehen starrer sozialer und ökonomischer Schranken als Folge einer immer weiteren Ausbreitung der Arbeitsteilung kapitalistischen Typs (mit dem ganzen Fächer ungleicher Einkommensverteilung) und der Polarisierung der Produktivkräfte um zwei politische "Funktionen", die nicht nur verschieden sind, sondern einen Interessenwiderspruch darstel-

len, der nur gewaltsam zu regeln ist: die des Befehls und die der passiven Ausführung. Letzteres ist die Funktion der Arbeiterklasse, der Bauern, und der niederen Bürokratie, ersteres die Funktion der Urheber der Entscheidungen und der "großen" Organisatoren für die Weiterleitung der Entscheidungen.

Die zweite Tatsache ist, daß die große Mehrheit des Proletariats in den westlichen Ländern (Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich), im Widerspruch zu seinen eigenen Klasseninteressen und -bestrebungen, Opfer der Hegemonie geblieben ist, die gleichzeitig von den traditionellen Führungsklassen und von der Sozialdemokratie ausgeübt wurde.

Was den von der SU eingeschlagenen Weg betrifft, so zitiert Rieser das chinesische Beispiel, um zu demonstrieren, daß ein anderer Weg hätte verfolgt werden können. Man muß jedoch die spezifisch historische Situation und ihre konkreten Folgen für die sozialen Kräfte in Rechnung stellen. Die Revolution in China nimmt ihren Ausgang vom Land, entwickelt sich auf dem Land und erreicht - nach einem revolutionären Prozeß von 20 Jahren - von da aus die Städte; bei ihrem Sieg findet sie ein großes Potential von Verbündeten auf ihrer Seite, das ihr in der Tat für einen beträchtlichen Zeitraum die Unverletzbarkeit garantiert und sie in der politischen und ökonomischen Konsolidierungsphase unterstützt (das ist die Grundlage der Dankbarkeit und politischen Solidarität gegenüber dem stalinistischen Rußland). In Rußland hingegen nimmt die Revolution ihren Ausgang von den großen Industriestädten, deren proletarische Massen die Grundlage des Rätessystems, die tragende Kraft der Revolution, darstellen; dann der Bürgerkrieg und die ganze übrige Entwicklung, an die ich oben erinnert habe.

Die Ausgangsbedingungen der beiden Schauplätze sind so verschieden wie nur möglich; davon kann man nicht absehen, wenn man die Frage nach den Bedingungen stellt, auf Grund derer die beiden unterschiedlichen historischen Prozesse ihren Ausgang nehmen. Die russischen Bauern waren etwas anderes als

die chinesischen Bauern. Industrieproletariat und Bauern können, vom revolutionären Standpunkt aus, nicht auf der Basis abstrakter, ökonomistisch-soziologischer Parameter, sondern auf der Basis konkreter revolutionärer Erfahrung betrachtet werden, d. h. als spezifische Produkte der realen Phasen des Klassenkampfes. Unter diesem Aspekt waren die russischen Bauern nicht die chinesischen und das russische Proletariat in der Phase der stalinistischen Industrialisierung nicht das der großen "Sowjet"städte von 1917.

Die stalinistische Agrarpolitik war ein "brutaler" Akt; und man kann ohne Zweifel annehmen, daß die Politik gegenüber den Bauern anders hätte sein können, wenn das Proletariat die Macht in seinen Händen behalten hätte. In diesem Sinne hat das, was in der SU auf dem Lande geschehen ist, nicht den Charakter einer Notwendigkeit gehabt, wie die Anhänger dieser Politik behauptet haben, wobei sie eine ausschließlich von den objektiven Gesetzen der ökonomischen Entwicklung bestimmte Bedingung als Notwendigkeit bezeichneten. Es handelt sich um einen anderen Typ von Notwendigkeit, nämlich um eine politische Notwendigkeit. Der reale historische Verlauf zeigt in der Tat, daß die stalinistische Politik das Ergebnis der Entscheidung einer herrschenden Klasse gewesen ist, deren fundamentales Ziel die Macht für sich im Staate war. Das Mittel dazu war eine allgemeine Ausbeutung der Arbeitskräfte in der Stadt und auf dem Lande. Noch einmal muß hier - um eine kritische Erklärung zu ermöglichen - die Bestimmung der Bürokratie als herrschender gesellschaftlicher Klasse und nicht als "Monstrum" herangezogen werden.

10. Rieser protestiert gegen den Ausdruck "Unreife der Massen", wobei sich seine Bedenken gegen eine Ablehnung politischer Verantwortlichkeit richten. Der Ausdruck kann in der Tat zu Mißverständnissen führen; es ist daher nützlich, seinen politischen Sinn zu klären.

Es war nicht meine Absicht, politischen Moralismus zu vertreten

oder, schlimmer noch, die Schuld auf jemanden zu schieben, der dafür nicht schuldig gemacht werden kann. Was damit gesagt werden sollte, war, daß es notwendig ist, die Gewalt der Ideen in Rechnung zu stellen, mit denen die herrschende Klasse die beherrschte Klasse, solange diese kein revolutionäres Bewußtsein entwickelt, in jeder Beziehung unterwürfig erhält; die Gewalt, mit der die alte Gesellschaft jede neue zu unterdrücken sucht. Die "Reife" und "Unreife" der Massen ist das Produkt des Grades an revolutionärer Reife, den das Proletariat und seine Verbündeten als Ganzes erreicht haben, sie ist deshalb das Problem des Sozialismus selbst und der Möglichkeit, mit Erfolg eine Autoritätskrise der Werte und Verhaltensweisen, die an den Herrschaftsapparat der Klassegegner gebunden sind, zu provozieren.

Ich habe von einer "Unreife" der Massen sowohl in Hinblick auf die Entwicklung der russischen Situation nach 1917 als auch in Hinblick auf die Situation im Westeuropa der Nachkriegsperiode und der "revolutionären" Krise gesprochen, und zwar in einem zweifachen, ziemlich unterschiedlichen Sinn.

In Bezug auf die russische Situation nach 1917 habe ich versucht zu zeigen, daß das "Drama" der russischen Revolution und der darauffolgenden Periode bis hin zur Entmündigung des Proletariats durch die Bürokratie darin bestand, daß der "reife" Teil der Massen, der den Kampf eingeleitet und gewonnen hatte, aufgrund der politischen Rückwirkungen des Rückgangs der Produktion in den großen Industriestädten und der sozialen Rückständigkeit nicht in der Lage gewesen war, den restlichen Teil der großen Massen für die eigene ideologische und revolutionäre Erfahrung zu gewinnen. Das russische Proletariat, Avantgarde des europäischen Proletariats, mußte, angesichts der Isolierung der Revolution und angesichts der riesigen sozialen und ökonomischen Krise, die das Land erschütterte, in zunehmendem Maße das politische, soziale und ideologische Übergewicht jener Kräfte hinnehmen, die die Schwierigkeiten der Situation mit allgemeinen Zwangsmethoden zu überwinden

suchten. Wenn man - wie Rieser - vom historischen Ausgang der Revolution als einem Durchsetzen des "kapitalistischen Weges" gegenüber dem "sozialistischen Weg" spricht, so muß man daraus folgern, daß dies das Ergebnis des Triumphes der "falschen Ideen" über die "richtigen" ist und daß es daher, will man nicht auf die Verschwörerstheorie zurückgreifen und will man den Ursprung der neuen herrschenden Klasse nicht buchstäblich mythologisch verstehen, notwendig ist, das Element der "Unreife" der Massen einzuführen, wobei dies - auf der Ebene der Bedingungen der Massen - die Synthese der subjektiven und objektiven Widersprüche bezeichnet, die in der russischen Revolution bestanden haben.

Wenn wir vom russischen Schauplatz zur sozialen Krise und den revolutionären Prozessen in Deutschland, Österreich und Italien übergehen, stellt sich erneut die Notwendigkeit eines Urteils über die Massen und ihre mehr oder weniger große "Reife". In meinem Artikel habe ich an die Tatsache erinnert, daß die Mehrheit der Delegierten des 1. Rätekongresses, der im Dezember 1918 in Berlin stattfand, der Sozialdemokratie und nicht den revolutionären Strömungen ihr Vertrauen aussprach. Tatsache ist, daß in dem Land, das alle für entscheidend hielten, mitten in der Krise des Kapitalismus, es einer gemäßigten und reformistischen Partei, die sich mit aller Energie der sozialistischen Revolution und dem Räteresystem widersetzte, gelungen ist, die Mehrheit der Massen für sich zu gewinnen. Nun, wenn die Massen der Sozialdemokratie folgten und sich der Illusion hingaben, diese würde die Revolution durchführen, so kann man nicht anders als von "Unreife" sprechen, d. h. von einer mangelhaften Vorbereitung des realen Kampfes für den Sozialismus. Anders hätte die Aufgabe der Kommunisten keinen Sinn gehabt. Im Gegensatz zu Rußland, wo die Unreife der Massen aus der politischen und ökonomisch-sozialen Situation resultiert, erweist sie sich in Deutschland als das "Meisterwerk" der Hegemonie der herrschenden Klasse - in diesem Moment einer vorwiegend ethisch-sozialen Hegemonie - ausgeübt durch die Vermittlung der so-

zialdemokratischen Führungsgruppe.

Um Zweideutigkeiten zu vermeiden, ist es notwendig, die Bedeutung des Ausdrucks "Massen" - wenigstens in dem von mir gebrauchten Sinne - zu klären. Ich habe die Massen nicht der Partei gegenübergestellt, sondern mit ihnen die Gesamtheit aller sozialen Kräfte bezeichnet, ohne deren Intervention und Konsens sich keine proletarische Revolution konsolidieren oder auch nur siegen kann. In diesem Sinn ist auch die Avantgarde Teil der Massen. Es war deshalb meine Absicht, als ich von der Unreife der Massen sprach, von einem historischen Gesichtspunkt aus auch die Organisation der Avantgarde einzuschließen. Denn wenn es der Avantgarde nicht gelingt, die breiten Massen zu revolutionieren, ist es nicht möglich, die Macht zu ergreifen, oder aber dies geschieht unter Bedingungen, die die Einrichtung einer Minderheitsregierung reproduzieren. Bewußtseinsgrad und politische Erfahrung der Massen sind deshalb das Problem und die Garantie der Revolution. Eine revolutionäre Partei ist keine Partei von Bewußten, die voller Erwartung auf die Massen schauen, sondern eine Partei, die sich die ganze Last aufbürdet, die aus dem realen Zustand der Massen, die der kapitalistischen Ausbeutung und Beherrschung unterworfen sind, erwächst, und die einen energischen Kampf - der allein ihr Existenzrecht verleiht - darum führt, das Proletariat aus einer passiv seine Arbeitskraft zur Verfügung stellenden Klasse in eine revolutionäre Klasse zu verwandeln. Dies bedeutet weder eine Trennung der Partei von den Massen, noch eine Idealisierung der Massen. Aber wenn gesagt wird, die Partei sei ein Teil der Massen, so bedeutet dies auch, daß sie, um ihre Aufgabe zu erfüllen, nicht von außen das Bewußtsein in die Massen tragen kann, daß sie vielmehr ihre Führungsfunktion nur im sozialen Klassenkampf selbst realisieren kann, in einem Kampf, der beständig die Erzieher erzieht. Dies ist meiner Ansicht der Sinn jenes Satzes des "Kommunistischen Manifest", wonach einerseits die Kommunisten "keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen" haben, aber daß es andererseits die kommuni-

stische Partei "keinen Augenblick unterläßt, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten". (3)

11. Aber war es richtig - und das ist das umfassendere Problem - daß die Avantgarde die Räte Demokratie auf die Tagesordnung stellte, wenn die Massen in ihrer Gesamtheit nicht in der Lage waren, sie zu realisieren? Hat sich die Avantgarde nicht zu weit vorgewagt?

Ich habe in meinem Artikel versucht zu zeigen, daß das Räte-system von der Krise des Kapitalismus, von der Krise der Sozialdemokratie und daraufhin von der Initiative des revolutionärsten und bewußtesten Teils des Weltproletariats an den verschiedensten Stellen Europas auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt worden war und nicht das "abstrakte" Projekt einer ultrarevolutionären Avantgarde war, die mit der Revolution experimentierte. In der widersprüchlichen Realität der sozialen Geschichte Europas war das Räte system eine kühne Erfahrung und eine große ideelle Kraft, die einzige, die den Weg hätte weisen können, durch den die kapitalistische Restauration, die Wiederherstellung eines imperialistischen Welt systems und die Erneuerung der unangefochtenen ideologischen Herrschaft der Machteliten hätte verhindert werden können. Es stellte ein notwendiges Ziel dar, um dem Kampf gegen den Kapitalismus realen Sinn zu verleihen, und war deshalb keine zu ehrgeizige Aufgabe. Ohne das Räte system wären keine Aktionen für die Schaffung einer revolutionären Avantgarde möglich gewesen. Die Tatsache, daß die Räte eine allgemeine Niederlage erlitten haben, bedeutete eine Katastrophe für den Sozialismus. Und doch stellt gerade das Ergebnis dieser Niederlage eine Rechtfertigung ihrer Notwendigkeit dar. Die Ziele der deutschen Sozialdemokratie waren Nahziele, während aber in jenem Moment, wie die Geschichte bewiesen hat, die klare Alternative lautete: "Sozialismus oder Barbarei". Es war ein Kampf, der ausgefochten werden mußte, auch unter dem Risiko der Niederlage; der einzige, der die Beteiligung des größtmöglichen Teils des Proletariats am Kampf für den Sozialismus gestattete. Aber die Weise,

in der der Kampf verloren wurde, stellt auch ein Erbe für die Weltrevolution dar, ohne welches die theoretische und praktische Kritik des Sozialismus nicht die Dimension hätte, die sie hat. Der "Sieg" der Sozialdemokratie über das Rätesystem in Westeuropa war zugleich ihre Niederlage, der Beweis ihrer historischen Impotenz, und ist der Grund für die Reaktualisierung der Räte. Die wesentliche Grundlage für jene Niederlage war natürlich die Tatsache gewesen, daß die Massen in Mittel- und Westeuropa, wo der Umschlag der Machtverhältnisse notwendig gewesen wäre, den Instrumenten der kapitalistischen Herrschaft unterworfen blieben und damit die Grundlage der proletarischen Demokratie in der Sowjetunion aufs äußerste geschwächt wurde.

Wenn ich dies sage, so glaube ich, daß es weiterhin die Aufgabe der Kommunisten ist, der Revolution immer neue soziale Kräfte zuzuführen. Aus diesem Grund gewinnt der Rückgriff auf das Rätesystem den Charakter einer dringenden praktischen Aufgabe: denn die Räte waren die konkrete Organisationsform, in der die Avantgarde die Physiognomie eines Organs außerhalb des Proletariats verlor, um wirklich sein fortschrittlichster Teil zu werden, und in der die Massen mit der Avantgarde in Kontakt kamen und, indem sie ihre reale Erfahrung einbrachten, die Überwindung der aufgeklärt-pädagogischen Beziehungen möglich machten.

Rückgriff auf das Rätesystem bedeutet in der aktuell politischen Situation gerade die Vermeidung eines abstrakten und autoritären pädagogischen Verhältnisses zwischen Avantgarde und Massen und die Verbindung des fortschrittlichsten und des zurückgebliebensten Teils der Massen auf eine nicht formale Weise. Freilich - und in diesem Punkt ist den praktischen Schlußfolgerungen Riesers voll und ganz zuzustimmen - besteht die Gefahr, daß sich die historische Tradition der Räte auf eine ideologische Rendite reduziert, wenn es nicht gelingt, sie in der heutigen Realität durch die politische Organisation wiederaufleben zu lassen und ihren Sinn in unserer gesellschaftlichen und ideologischen Realität erneut aufzusuchen und herzustellen.

ANMERKUNGEN

- 1) Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. III, Peking 1969, S. 38
- 2) Georg Lukács: Lenin, Neuwied/Berlin 1967, S. 61
- 3) K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1945, S. 16 u. S. 36

Aber zu best
Redaktion der
einige Kommen

Gerade die chinesischen Genossen wiederholen immer wieder - und sie tun es auch bei dieser Gelegenheit -, daß die Prinzipien nicht "empirisch" behandelt werden können. Muß man nicht hier unwill-

* Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats! - Zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune. Peking 1971 (die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe)



LANG LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

PROLETARISCHE REVOLUTIONEN... KRITISIEREN BESTÄNDIG SICH SELBST, UNTERBRECHEN SICH FORTWÄHREND IN IHREM EIGENEN LAUF, KOMMEN AUF DAS SCHEINBAR VOLLBRACHTE ZURÜCK, UM ES WIEDER VON NEUEM ANZUFANGEN, VERHÖHNEN GRAUSAM-GRÜNDLICH DIE HALBHEITEN, SCHWÄCHEN UND ERBÄRMLICHKEITEN IHRER ERSTEN VERSÜCHE, SCHEINEN IHREN GEGNER NUR NIEDERZUWERFEN, DAMIT ER NEUE KRÄFTE AUS DER ERDE SAUGE UND SICH RIESENHAFTER IHNEN GEGENÜBER WIEDER AUFRICHTE, SCHRECKEN STETS VON NEUEM ZURÜCK VOR DER UNBESTIMMTEN UNGEHEUERLICHKEIT IHRER EIGENEN ZWECKE, BIS DIE SITUATION GESCHAFFEN IST, DIE JEDE UMKEHR UNMÖGLICH MACHT, UND DIE VERHÄLTNISSE SELBST RUFEN: HIC RHODUS, HIC SALTA! - HIER IST DIE ROSE, HIER TANZE!

KARL MARX

Der HOCHSCHULKAMPF erscheint als Einzelnummer alle 14 Tage, als Doppelnummer monatlich.

Jedes Heft: 0,50 DM

Zu beziehen im Buchhandel oder durch die Redaktion.

Halbjahresabonnement: 8,00 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM

Bestellungen gegen Vorbezahlung an:

Redaktion HOCHSCHULKAMPF im Sozialistischen Zentrum

1 Berlin 21 Stephanstraße 60 Tel: 35 45 79

Zahlungen auf

Postscheckkonto HOCHSCHULKAMPF: PschA Bln.-West Nr. 23 179

HOCHSCHULKAMPF

ANHANG:

MASSIMO L. SALVADORI

DIE CHINESISCHEN GENOSSEN UND DIE PARISER KOMMUNE

Das Urteil über Stalin ist eine Prinzipienfrage

Die chinesischen Genossen haben in Erinnerung an die Pariser Kommune ein Dokument* ausgearbeitet, das in der Tageszeitung "II Manifesto" am 1., 4. und 5. Mai in Auszügen veröffentlicht wurde.

Es ist sicher bezeichnend und wichtig, daß die chinesischen Genossen die Idee der Kommune wiederaufgreifen und gegenüber Revisionismus und Sozialdemokratie die Bedeutung des ersten großen Versuchs verteidigen, der in der Geschichte des Weltproletariats unternommen wurde, um ein Regierungsorgan aufzubauen, das den eigenen Interessen entspricht. Es ist wichtig, weil die Chinesen so auch durch dieses Dokument den Inhalt ihrer strategischen Entscheidung, deren praktisches Zeugnis die Kulturrevolution sein wollte, bekräftigen, nämlich den Inhalt der Kontinuität, die zwischen Marxens "Adresse" an die Kommune, der Thematik von Lenins "Staat und Revolution" und dem aktuellen Kampf gegen das von Sozialdemokratie und Revisionismus in ihren verschiedenen Formen vollzogene Aufgeben der Klassenprinzipien besteht.

Aber zu bestimmten Punkten des chinesischen Dokuments, das die Redaktion des "Manifesto" ohne Kommentar bringt, scheinen dennoch einige Kommentare politisch notwendig zu sein.

Gerade die chinesischen Genossen wiederholen immer wieder - und sie tun es auch bei dieser Gelegenheit -, daß die Prinzipien nicht "empirisch" behandelt werden können. Muß man nicht hier unwill-

* Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats! - Zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune. Peking 1971 (die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe)

kürlich an das denken, was Marx gesagt hat, nämlich daß man alle taktischen Kompromisse eingehen könne, aber niemals Handel mit Prinzipien treiben dürfe? Muß man nicht unwillkürlich an den Hinweis Lenins denken, daß ohne revolutionäre Theorie keine richtige revolutionäre Aktion möglich sei? Dies soll selbstverständlich nicht gegenwärtig gehalten werden, um nach Belieben mehr oder weniger "richtige" Dinge zu sagen, sondern weil die Wahl der eigenen Prinzipien ein unmittelbares Moment der Praxis ist.

In ihrem Dokument greifen die chinesischen Genossen, ausgehend von den Prinzipien der Kommune und von der marxistischen Konzeption des Staates, den modernen Revisionismus an, und sie tun es wie gewohnt hart. Sie schreiben: "Während das Proletariat und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt den 100. Jahrestag der Pariser Kommune feierlich begehen, hat die sowjetrevisionistische Renegatenclique die Stirn, herausgeputzt ins Rampenlicht zu treten, ihre 'Treue zu den Prinzipien der Pariser Kommune' zu beschwören und sich als Fortsetzer der Pariser Kommune auszugeben. Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit." Sie fragen: "Welches Recht haben die sowjetrevisionistischen Renegaten überhaupt, über die Pariser Kommune zu sprechen?" Und sie antworten: "Eben ihr Handvoll Leute habt die Führung in Partei und Staat der Sowjetunion usurpiert. Ihr habt die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie verwandelt und be- Sozialimperialismus und Sozialfaschismus." (S. 23)

Die chinesischen Genossen gebrauchen die Prinzipien der Kommune zu recht als Methodenkriterium, um zu untersuchen, ob die gegenwärtige historische Gestalt der Sowjetunion diesen Prinzipien entspricht oder nicht. Daher rührt die totale Verdammung der sowjetischen Politik und der entsprechenden Regierungsform. Sie verdammen die Revisionisten: "Ihr habt in einigen osteuropäischen Ländern und in der Mongolischen Volksrepublik große Truppenkontingente stationiert, haltet diese Länder unter eurer strengen Kontrolle und habt sogar Panzer in Prag einrollen lassen zur militärischen Okkupation der Tschechoslowakei." (S. 27/28)

Der Schluß, den man aus dem nicht-empirischen Gebrauch

der Methode ziehen muß, ist, daß eine kommunistische Partei oder ein sozialistisches Land immer dann die Prinzipien der Kommune aufgeben, wenn sie so handeln, daß sie die politischen und sozialen Kräfte auf einen den Interessen des Proletariats und ihrer Manifestation auf der Ebene gesellschaftlicher und staatlicher Organisation entgegengesetzten Weg bringen. Indem sie gerade diese Methode anwenden, kommen die Chinesen dahin, den modernen Revisionismus zu verurteilen.

Stalin und der Gebrauch der Methode

Der revolutionäre Sozialismus im Westen war tot und wird mühsam wieder neugeboren. Dieser Prozeß vollzieht sich durch die Ausarbeitung einer antisozialdemokratischen und antirevisionistischen politischen Perspektive. Eines ihrer notwendigen Momente war und ist die Bewußtwerdung der Widersprüche vor allem der Geschichte der Sowjetunion und der verschiedenen Bedingtheiten, die nicht zufällig zur Politik der Renegaten Chruschtschow und Breschnew geführt haben, mit all den Auswirkungen in bezug auf die Formierung der internationalen Arbeiterbewegung.

So mußte man - und wir berücksichtigen hier nur Momente von besonderer Bedeutung* - zu folgendem gelangen:

- 1) zur Kritik an der Ideologie des bürokratischen Rationalismus, der, von Trotzki um 1920 ausgearbeitet, im Vorschlag der "Militarisierung der Arbeit" gipfelte, was dann Stalin veranlaßte, Trotzki, als dieser den Kampf gegen die Bürokratie initiierte, als "Patriarchen" der Bürokraten zu verhöhnen;
- 2) zur Kritik an der stalinistischen Politik, die den Bürokratismus zur Regierungsform erhob und damit jeden Rest der Sowjet-Demokratie, die von der Pariser Kommune inspiriert war, vernichtete;
- 3) zur Kritik des von Chruschtschow herbeigeführten falschen Bruchs mit dem politischen Führungstyp der Stalin-Ära;

4) zur Kritik an dem Breschnew-Kurs;

5) zur Kritik des von der stalinistischen Internationalen praktizierten falschen proletarischen Internationalismus, in dessen Namen die kommunistische Bewegung lediglich zum Vollstrecker und Übersetzer der Entscheidungen in der KPdSU-Spitze gemacht wurde.

Als Chruschtschows seinen berühmten Rechenschaftsbericht vortrug, schien dieser unannehmbar, weil all die gegenüber dem stalinistischen Regime nicht unbedeutenden Veränderungen den Anschein der "Liberalisierung" oder wovon auch immer annahmen, aber mit der stalinistischen Vergangenheit in jedem Fall dadurch verbunden waren, daß sie sicher nicht eine Neugründung des Staates im Sinne einer Rückkehr zu den Prinzipien der Sowjet-Demokratie vorschlugen, sondern das totale Gegenteil. In Hinblick auf dieses Parameter zeigt sich eine Kontinuität der Machtstrukturen der Stalin-Ära, die sich bekanntlich in der Rückführung der "Ekzese" Stalins auf persönliche "Irrtümer" ausdrückt, so weit, daß man, um den Stalinismus zu erklären, den "Personenkult" einführte als Ursache und nicht als Wirkung eines politisch-gesellschaftlichen Führungssystems, das, gerade weil es die Negation der proletarischen Demokratie war, im Führerkult gipfelte.

Wenn wir auf die stalinistische wie auf die post-stalinistische Periode die Methode, den Staat mit den proletarischen Prinzipien zu konfrontieren, anwenden, so sehen wir, daß gerade in jener Periode den Bemühungen des Proletariats um die Sowjet-Demokratie ein Ende gesetzt wurde, daß also die Diktatur des Proletariats als Diktatur der Partei, die Diktatur der Partei als unkontrollierte Macht der Partei- und Staatsspitze über die Partei selbst sich verfestigt haben; und so kam man organisch zum Führerkult als Instrument zur Ausschaltung jeder Opposition, die in Gesellschaft, Staat und Partei entsteht. Unnütz zu erinnern, welche Stellung im stalinistischen Staat die politische Polizei als verlängerter Arm der despotischen Macht einnahm. Eine Polizei, die anders ist als jene, die ihres instrumentellen Charakters im Dienste der Repression entkleidet ist, anders als jene, die jederzeit von ihren Aufgaben entbunden werden kann usw., zu deren Träger sich die

Kommune gemacht hatte, um zu verhindern, daß die Macht eine Macht über die Massen werden könnte, was Marx als die notwendigen "Merkmale" des "endlich entdeckten" Staates des Proletariats bezeichnete!

Wenn Chruschtschow und seine Nachfolger deshalb Renegaten wären, weil sie mit dem Staatstyp, der in der stalinistischen Zeit existierte, gebrochen haben, mußten wir meinen, daß sie sich dadurch auszeichnen, daß sie eine antiproletarische Macht gegen das Erbe Stalins wiederhergestellt haben. Genau das Gegenteil ist richtig. In Wirklichkeit sind sie es deshalb, weil all die von ihnen ausgelösten Veränderungen und Entwicklungen mit den von Stalin zu seiner Zeit eingeführten Veränderungen eines gemeinsam haben: die Aushöhlung der Prinzipien der Kommune, an die anläßlich ihres 100. Jahrestages die chinesischen Genossen erinnern.

Die Widersprüche der chinesischen Genossen

Die Chinesen nähren in ihrem Dokument über die Kommune eine Interpretation der sowjetischen Geschichte, die zu einem in verschiedener Hinsicht paradoxen Ergebnis führt. Sie bekräftigen in der Tat die Chruschtschow-Version, daß das Jahr 1956 wirklich einen Bruch mit dem Stalinismus darstellte. Tatsache ist, daß es eine Liquidation des Stalinismus nicht gab, sondern stattdessen Anpassungen und Entwicklungen "reformistischen" Typs.

Die chinesischen Genossen behaupten, die UdSSR sei heute ein sozialimperialistischer Staat und sie wende geradezu faschistische Methoden nach innen und gegenüber anderen Staaten des Ostblocks an. Sie sprechen von einer Clique, die die Macht in der UdSSR innehat. Aber welchen Sinn hat diese Analyse, wenn man dem Renegatenstaat einfach den "von Lenin gegründeten und von Stalin verteidigten Sowjetstaat" entgegenstellt? Diese Gegenüberstellung könnte, wie gesagt, in einem einzigen Fall stichhaltig sein: daß nämlich die Machtübernahme Chruschtschows als siegreicher Kampf der bürokratischen Clique gegen die Sowjet-Demokratie erklärt werden könnte. Wo gibt es Anzeichen

dafür? In welchen Etappen vollzog sich der Kampf? Jeder weiß indessen, daß Chruschtschow, ebenso wie alle seine Rivalen und späteren Nachfolger, aus einem Kampf hervorging, der völlig unabhängig vom Proletariat ausgetragen wurde und innerhalb jener Spitzen, die Inbegriff der Machtgruppe waren, welche in der Schule Stalins gelernt hatte, die Waffen zu gebrauchen, und sie noch heute in dieser Weise gebraucht.

Die chinesischen Genossen stellen dem Lehrmeister der Sowjet-Methoden und -Ideen Stalin die sozialimperialistischen Renegaten von heute gegenüber. Und sie führen als Beispiel für die außenpolitischen Manifestationen des Sozialimperialismus die Prager Geschehnisse von 1968 an. Sie behaupten, die Sozialimperialisten enthüllen ihre wahre Natur, wenn sie Truppen in den Ländern des Ostblocks "stationieren" und "diese Länder unter strenger Kontrolle halten". Aber jeder weiß, daß der Besetzung Prags im Jahre 1968 andere, in gleicher Weise tragische Episoden vorausgegangen sind, die ihren Ursprung in dem Verhältnis haben, das zwischen der UdSSR und den sozialistischen Ländern in den Jahren ihrer Entstehung hergestellt wurde, die ihren Ursprung in der Kontrolle haben, der sie unter Stalin unterworfen wurden. Jugoslawien war 1948 deren erstes Kapitel, Prag 1968 das letzte. Das eine Kapitel ist mit dem anderen eng verbunden. Zwischen 1948 und 1968 gab es keine Brüche, sondern nur Entwicklungen. Der "Großmachtchauvinismus" ist nicht erst nach 1953 entstanden.

Warum hören die chinesischen Genossen nicht auf, der internationalen Arbeiterbewegung starrsinnig eine falsche und zweideutige Theorie über den Stalinismus vorzuschlagen? Tatsächlich nährt der Typ von Kritik, den die Chinesen gegen Stalin und seine Regierungspraxis vorgebracht haben, diese Zweideutigkeit noch, denn paradoxerweise enthüllt er sich als eine Art "Chruschtschowismus" mit umgekehrtem Vorzeichen, befindet sich aber methodisch auf der gleichen Ebene. Die Chinesen haben Stalin kritisiert und kritisieren ihn immer noch wegen gewisser "Ekzesse", aber sie erachten die historischen Ergebnisse seiner Ära als so unantastbar, daß sie das Werk Stalins neben das Lenins stellen.

Aber auch Chruschtschow übte keine "strukturelle", sondern nur "Überbau"-Kritik. Die chinesischen Genossen halten die "Strukturveränderungen", die zur Machtübernahme der Bürokratie geführt haben, für solche, die erst nach dem Aufstieg Chruschtschows eingetreten sind. Mit welcher Begründung tun sie das?

Schließlich ist die Kritik, die die chinesischen Genossen noch einmal durch das Dokument über die Kommune gegen Chruschtschow und seine Nachfolger gerichtet haben, also auch Kritik daran, den "Boden" Stalins aufgegeben zu haben. Chruschtschow nannte dieses Aufgeben "Wiederherstellung der sozialistischen Legalität"; die chinesischen Genossen nennen es heute Aufgeben des Sowjet-Staates.

Warum erarbeiten die chinesischen Genossen nicht ein genaues Urteil über die politisch-gesellschaftliche Natur der UdSSR in der stalinistischen Epoche?

Ich glaube, daß die Erklärung für das Urteil, das die chinesischen Genossen über das stalinistische und post-stalinistische Rußland fällen, darin gesucht werden muß, daß die chinesischen Genossen gegenüber der UdSSR einen Wertmaßstab angelegt haben, der sich noch innerhalb der Auswirkungen, die diese Politik gegenüber China gehabt hat, bewegt.

Es ist eine Tatsache, und das kann ohne Zurückhaltung gesagt werden, daß Mao nie aufgehört hat, in seinen Werken Stalin als Nachfolger Lenins hinzustellen, die KPdSU als das "beste Vorbild" und die UdSSR, bis zum Bruch um 1960, als einen "großen herrlichen sozialistischen Staat". Was sich also in dem Dokument über die Kommune bestätigt, ist nichts anderes, als daß die chinesischen Genossen ihre auf der Grundlage der Interpretation, die sie der sowjetischen Geschichte geben, errichtete Position bekräftigen.

So scheint der heftige Bruch mit der KPdSU und der UdSSR eine Erklärung zu fordern, die sich notwendigerweise auf die Verschlech-

terung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten konzentriert. Oder besser: es scheint, daß sich die chinesischen Genossen der sowjetischen Realität bewußt geworden sind vor allem durch die Art und Weise, wie sich diese Realität gegenüber der chinesischen Revolution äußert.

Das kann erklären, daß für sie die UdSSR Stalins eine Sache bleibt, und die UdSSR nach Stalin eine andere Sache ist. Haben die chinesischen Genossen geglaubt, daß die sowjetische Weigerung, die ökonomische Entwicklung Chinas und auch die wissenschaftliche Entwicklung mit den entsprechenden militärischen Mitteln zu unterstützen, das Zeichen einer qualitativen Veränderung, eines Bruchs mit der Zeit vor Chruschtschow ist und daß die entsprechenden Änderungen in der Innenpolitik einen Bruch mit den Errungenschaften der stalinistischen Ära bedeuten, der Zeit, als, nach Maos Worten, die UdSSR "seit nunmehr 40 Jahren den Sozialismus" aufzubauen schien, wobei sie allen anderen Ländern ein kostbares Beispiel gab? Tatsächlich muß man sagen, daß die UdSSR, wenn sie 1957 den Sozialismus seit 40 Jahren aufbaute, dies im Wesentlichen auch noch heute tut.

Sollte man nicht besser sagen, daß die Weigerung der UdSSR, die paritätischen Beziehungen mit China zu stabilisieren, das nicht zufällige Ergebnis des Aufbaus der UdSSR als Großmacht ist, eines Aufbaus, dessen größter Urheber Stalin war? Und daß Chruschtschow die UdSSR zum Bruch geführt hat - und nicht Stalin -, weil die UdSSR nunmehr in der Lage war, auf der Ebene der Machtpolitik allein zu handeln? Gewiß ist, daß schon Stalin Panzer in Osteuropa hat einrollen lassen, und nicht nur, um die Grenzen des Sozialismus zu verteidigen, sondern um die Basis jener "Kontrolle" zu stabilisieren, von der die chinesischen Genossen sprechen, wenn sie sich auf Prag 1968 beziehen.

Die Methode als Garantie

Sich heute der Pariser Kommune zu erinnern, kann bedeuten, aus ihr ein historisches Urteilkriterium für die Ideen der proletari-

schen Demokratie zu gewinnen. Die Chinesen erinnern uns in ihrem Dokument daran, daß die Ideen, die sich in der Kommune ausdrückten, der wahre Bezugspunkt sind für den, der zum Sozialismus gelangen will. Diese Position ist richtig, und sie läßt den ganzen Wert der Prinzipien verstehen, die das proletarische China durch die Kulturrevolution wieder zu kräftigen beabsichtigte. Aber es ist auch eine Position, die uns die Widersprüche der chinesischen Genossen begreifen lehrt gegenüber den Problemen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und gegenüber den praktischen Konsequenzen, die bei der Ausarbeitung einer revolutionären Theorie daraus entspringen. Zwischen der Feier der Kommune durch die chinesischen Genossen und den Ideen der Kulturrevolution auf der einen Seite und der Verteidigung des Werks von Stalin durch sie und seine Gleichstellung mit Lenin als Gründer und Verteidiger der Sowjet-Demokratie auf der anderen Seite besteht ein unaufgelöster und unannehmbarer Widerspruch.

In dieser Hinsicht, scheint uns, muß man bekräftigen, daß die Berufung auf die Methode und die Prinzipien, die die chinesischen Genossen durch ihr Dokument über die Kommune bezeugt haben, notwendig und immanent die Wahrheit enthält, daß die Methode und die Prinzipien das gemeinsame Maß für alle revolutionären Kräfte sind. Die Methode und die Prinzipien sind die einzige Garantie. Das war übrigens gerade das, was Marx ursprünglich meinte, als er sagte, er sei "kein Marxist".

Wir alle wissen, was China heute für die Geschicke der Weltrevolution bedeutet, was das Prinzip des Primats der Politik über die Ökonomie bedeutet, was die Wiederbelebung des Egalitarismus bedeutet und was der Kampf, den China gegen Sozialdemokratie und Revisionismus führt, bedeutet. Aber das ist eine gemeinsame Aufgabe, ob sie nun klein oder groß ist, eine Aufgabe ohne Privilegien und mit gemeinsamen Pflichten. Und das Beispiel, das kürzlich die Genossen von "lotta continua" gegeben haben, als sie offen die Haltung Chinas gegenüber Pakistan in Frage stellten, ist ein Beispiel, das wegen seiner Intention gilt, mag der Inhalt der Kritik richtig oder falsch sein, einer Intention, von der wir glauben, daß sie erhalten bleibt.

Was unsere Argumentation anbetrifft, können wir es nicht akzeptieren, daß das positive Urteil, das, falsch oder richtig, die Chinesen über Stalin abgeben, indem sie von einer inneren Optik des chinesischen Staates ausgehen, in ein historisch-ideologisches Mißverständnis "umschlägt", das dazu führt, den stalinistischen Staat als Inkarnation der Ideen der Pariser Kommune hinzustellen.

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen
Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken
international.

„links“ ist illusionslos,
undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis
und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.—.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummern anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Editorische Notiz

Massimo L. Salvadori lebt als Professor für Geschichte in Turin. Er hat u. a. das Buch "Gramsci e il problema storico della democrazia" (Torino 1970) verfaßt.

Sein Aufsatz "Dalla Comune allo stalinismo: Origini e crisi del sovietismo" erschien zuerst in der Zeitschrift "il manifesto" (No. 1, Jan. 1970); dort erschien auch, in No. 10-11, Dezember 1970, die "Risposta a Rieser". Der Anhang "I compagni cinesi e la Comune" erschien in der Zeitschrift "Nuova Sinistra", No. 5, Torino, Mai 1971.

Vittorio Rieser gehörte zu den Mitarbeitern der "Quaderni Rossi". Sein Aufsatz "A proposito dell'articolo di Massimo Salvadori e della tematica de 'il manifesto'" erschien in der Zeitschrift "Vento dell'est", No. 17, Jg. 5, April 1970.

PROLETARISCHE FRONT

Organ der Proletarischen Front · Gruppe Hamburg

"Wir wollen nicht jene Jammermarxisten nachahmen, von denen Marx sagte, 'Ich habe Drachen gesät und habe Flöhe geerntet'." "

Nr.1: PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNG
DER PROLETARISCHEN FRONT vormals
TRIKONT Hamburg, Februar 1971,
1,50 DM.

Nr.2: Zur politischen Strategie
der Tarifikampagne in Hamburg. -
Arbeiterkämpfe und politische Or-
ganisation in Italien: Il Mani-
festo: Eine neue Etappe des Klas-
senkampfes? - Thesen zum Nahen
Osten - Politischer Zionismus
und kapitalistische Entwicklung
in Israel. - Rezension der Zeit-
schrift 'Proletarische Front
Gruppe Westdeutscher Kommunisten:
2,50 DM.

Nr.3: Die Lage der Arbeiterklasse
in der westdeutschen Metallindus-
trie - Die Lösung von der Verteidi-
gung der demokratischen Rechte: Eine
neue Ersatzstrategie! - Dogmatismus
und Revisionismus: Die Dialektik der
ML-Organisationen - Dokumentation:
Erklärung zur Lage der Türkei.
1,80 DM.

Anschrift der Redaktion:
Willi Bergmann, 2 Hamburg 39,
Alsterdorferstr. 85

Die **TEXTE ZUR KLASSEN-ANALYSE** sind ein Versuch, Rolle und Kampfform des Proletariats unter den Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus aufzuzeigen. Die Darstellungen, Analysen und politischen Konsequenzen beziehen sich auf die besonders in Italien, Frankreich und ansatzweise auch in der Bundesrepublik stattfindenden proletarischen Kämpfe, die in ihrer Radikalität und in ihren politisch-ökonomischen Forderungen neue Kampfformen andeuten. Klassenbewußtsein und Klassenkampf, Spontaneität und Ansätze zur Selbstorganisation weisen auf eine „neue“ Arbeiterklasse hin, die in ihrem antikapitalistischen Kampf gegenüber der „alten“ Arbeiter-

klasse veränderte Kampf-
formen anwendet.

Die notwendige Ausein-
setzung mit dem Problem der
Klassenanalyse ist besonders
dort von äußerster Wichtigkeit,
wo betriebsbezogene, praktisch
politische Arbeit gemacht wer-
den soll und auch schon ge-
macht wird. Denn nur die kon-
krete Kenntnis von den tat-
sächlich stattfindenden Klas-
senkämpfen, ihren Methoden,
Denkansätzen und Zielen wird
es ermöglichen, nicht auf den
traditionellen Vorstellungen
unbeweglich zu verharren.

Die Texte der vier vorliegenden
Bände (teilweise erstmals aus
dem französischen und italieni-
schen) wollen zum Verständnis
der heutigen Situation
beitragen.

TEXTE ZUR KLASSENANALYSE

Bd. 1 Klassenanalyse

Inhalt: M. Bridier: Neue Arbeiter-
klasse oder neue Bourgeoisie?;
S. Mallet: Die neue Arbeiter-
klasse des Mai 1968; A. Gorz:
Weder Bolschewik noch Ge-
werkschaftler; H. Marcuse: Per-
spektiven des Sozialismus in
der Industriegesellschaft
216 Seiten Preis: 7,— DM

Bd. 2 Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse

Inhalt: S. Mallet: Streiks für die
Arbeiterkontrolle; L. Basso:
Sozialismus in der Industriegesellschaft;
S. Mallet: Arbeiter-
kontrolle, Partei und Gewerk-
schaft; M. Vester: Die Arbeit-
nehmer in der sozialistischen
Strategie.
216 Seiten Preis: 8,— DM

Bd. 3 Thesen zur Arbeiterkontrolle

Inhalt: A. Touraine: Klassen-
kampf und soziale Krise;
L. Libertini: 7 Thesen zur Ar-
beiterkontrolle; R. Panzieri
96 Seiten Preis: 4,— DM

Bd. 4 Partei u. Revolution

Inhalt: P. Mattick: Probleme der
neuen Arbeiterklasse;
A. Pannekoek: Partei und Ge-
werkschaft - 5 Thesen über den
Kampf der Arbeiterklasse
gegen den Kapitalismus;
W. Huhn: Zur Lehre von der
revolutionären Partei
160 Seiten Preis: 7,— DM

Kramer Verlag

1 Berlin 44, Rollbergstr. 67

NEUES ROTES FORUM

erscheint 6mal im Jahr

Preis: 1.50 DM

Bestellungen an:

D.Hildebrandt

69 Heidelberg

Postfach 834

Im zweiten Jahrgang (1971) u.a. mit folgenden Beiträgen:

1/71 (Februar):

Der Bolschewismus und die Bauern-
frage in der russischen Revolution
Die FPDLP über den jordanischen
Bürgerkrieg
Zur Analyse der Studentenbewegung

2/71 (April):

Namibia (Südwestafrika) - Beute
des internationalen Kapitals
Die Krise des britischen Kapitalismus
Zur Spaltung der Black-Panther-
Party
Diskussion über die allgemeinen Be-
dingungen der Krise

3/71 (Juni):

Programmatische Erklärung der Grup-
pe Neues Rotes Forum
Sozialistischer und kapitalistischer
weg in der Übergangsperiode zum
Sozialismus
Alfred Sohn-Rethel: Die technische
Intelligenz zwischen Kapitalismus
und Sozialismus

4/71 (Oktober):

Metalltarifrunde 71
Über die Kategorie "Arbeitslohn"
Südafrika als Nebenmetropole
Neue Mittelklassen und Proletariat
Naturerkenntnis und sozialistische
Praxis (zu Alfred Sohn-Rethel)
Zur Gründung einer "KPD"

5/71 (November):

Kommunismus und "Spätkapitalismus"
(zu "II Manifesto")
Die Kommunistische Partei Chinas in
der Kulturrevolution
Angela Davis und der schwarze Befrei-
ungskampf in den USA
Der Imperialismus in den 70er Jahren
Amilcar Cabral über Portugal
Rote-Punkte-Aktionen

6/71 (Dezember):

Zur Analyse des Metallarbeiterstreiks
Bemerkungen zur Faschismuskritik

Heft 1/72 ab Mitte Februar erhältlich

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

1. Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den "sozialisti-
schen Ländern" DM 2,-
2. Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins "Staat und Revolution" — heute DM 5,-
3. Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,-
4. Eduarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,-
5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und
"Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,-
6. Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,-
7. Lucio Colletti
Zur Stalin-Frage DM 2,-
8. Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,-
9. Ernest Mandel/Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,-
10. Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,-
11. Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto"
DM 5,-
12. Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,-
13. Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,-
15. Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,-
17. Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,-
18. Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,-
19. Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit
2 Aufsätze DM 4,-
20. "Classe e Stato"
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie —
Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chi-
nesischen Fabrik DM 2,-
21. Massimo Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus. DM 5,-

ARBEITSPAPIERE

1. Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe "Il Manifesto"
Mailand 30. - 31. Jan. 1971 DM 1,80
2. Giampiero Mughini
Die KP Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen DM 2,80
3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50
4. Woher kommen die richtigen Ideen
Eine Kontroverse zwischen "Il Manifesto" und "Lotta Continua"
DM 2,30

Der MERVE-VERLAG Berlin ist ein sozialistisches Kollektiv, das die Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION herausgibt.

Kalkulation, Rechnungsführung, Druck, Vertrieb usw. machen wir gemeinsam, d.h. im arbeitsteiligen Zusammenhang mit den Arbeiten, die aus der Herausgabe der Texte entstehen. Selbstagitation und Erarbeitung der Grundlagen der Marx'schen Theorie sind bei uns verbindlicher Bestandteil der Kollektivarbeit.

In der Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION verlegen wir regelmäßig (15-20 Hefte im Jahr) Arbeiten zu Problemen marxistischer Theorie und nicht-revisionistischer Praxis. Diese Arbeiten sollen zur Klärung des Revisionismusbegriffs beitragen, und damit Theorie- und Strategiebildung fördern, deren jede revolutionäre Praxis bedarf. In diesem Umkreis stehen die Arbeiten zur Imperialismus-, Klassen-, Staats- und Parteitheorie. Dabei werden wir sowohl die methodologische Problematik solcher Theorien als auch ihren Niederschlag in Kampfstrategien revolutionärer Gruppen berücksichtigen.

Der MERVE-VERLAG ist kein Profitunternehmen.